

informationen

für Erziehungsberatungsstellen



Demokratieförderung in der
Erziehungsberatung

Das »Selbstbestimmungsgesetz«

Arbeit mit eskalierenden Elternsystemen

bke besser
beraten

Liebe Leser*innen, diese Ausgabe der *Informationen für Erziehungsberatungsstellen* ist in mehrfacher Hinsicht eine besondere. Sie widmet sich hochaktuellen Themen wie der Demokratieförderung in der Erziehungsberatung, dem Selbstbestim-

Eine noch weitreichendere Bedeutung erhält dieses Heft jedoch durch einen persönlichen Anlass: Es ist die letzte Ausgabe unter der maßgeblichen redaktionellen Federführung von Herbert Schilling.

Nach über 30 Jahren verabschiedet

Editorial

mungsgesetz, dem Zehnten Familienbericht der Bundesregierung sowie der wirksamen Gestaltung inklusiver Familien- und Erziehungsberatung – allesamt zentrale Aspekte unserer fachlichen und gesellschaftlichen Verantwortung.



FOTO: BKE

Herbert Schilling auf der bke-Jahrestagung 2012 in Trier

die bke im Mai 2025 mit Herbert Schilling nicht nur einen überaus geschätzten Kollegen – sondern einen Menschen, der mit Loyalität, Weitblick und strukturgebender Klarheit das Profil der bke entscheidend mitgeprägt hat. Mit besonnener Hand, einem offenen Ohr und dem Blick für das Wesentliche war er in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur verlässlicher Ansprechpartner sowie engagierter Mitgestalter sämtlicher Druckerzeugnisse und Tagungen der bke, sondern ebenso vorausschauender Wegbereiter – auch für seine Nachfolgerin.

Lieber Herbert, dein Beitrag bleibt – auch wenn du dich nun in deinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedest. Dafür danken wir dir von Herzen. Für den kommenden Lebensabschnitt wünschen wir dir vor allem Gesundheit, Freude an neuen Aufgaben und viele erfüllende Momente.

Ihnen, liebe Leser*innen, wünschen wir eine anregende Lektüre dieser besonderen Ausgabe. Wir sind selbst gespannt auf die kommenden Hefte – und freuen uns wie immer auf Ihre Rückmeldungen.

Mit herzlichen Grüßen
Martin Hain

1/25

bke-Stellungnahme

Demokratieförderung in der Erziehungsberatung 3

bke-Hinweis

Das »Selbstbestimmungsgesetz« 10

Impressum

13

EB-Forum

Damit Eltern wieder Halt geben können 14

Autorenbeitrag

Der Zehnte Familienbericht der Bundesregierung und dessen Relevanz für die Erziehungsberatung 20

Autorenbeitrag

Inklusive Familien- und Erziehungsberatung wirksam gestalten 25

Wissenschaftliche Jahrestagung in Hamburg

Buntes Programm 30

Autorenbeitrag

Befragung der Nutzer*innen von Erziehungsberatungsstellen im Land Bremen anlässlich der bke-Jahrestagung 2024 32

Fort- und Weiterbildung

35

Mitteilungen

38

Demokratie- förderung in der Erziehungsberatung

Die aktuelle gesellschaftlich-politische Lage ist geprägt von einem Erstarren antidemokratischer Kräfte und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund, mit körperlichen oder seelischen Beeinträchtigungen, wegen ihrer Religion oder sexuellen Orientierung. Verschwörungsideologien nehmen zu, und auch eine zunehmend radikalisierte und polarisierende Debattenkultur lässt sich erkennen. Mit Blick auf diese Entwicklungen stellt sich die Frage, wie auch die Erziehungs-, Jugend- und

Handeln sinnvoll und geboten ist, und welche Rahmenbedingungen hierfür notwendig sind.

Werte in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen

In den bke-Qualitätsstandards *QS EB* heißt es: »Beratungsstellen sind offen für alle Menschen im Sozialraum, unabhängig von Sprache, Religion, Herkunft, Kultur, politischer Ausrichtung, Geschlecht, sexueller Orientierung oder

Form von Leitbildern, in Konzeptionen, Hausordnungen oder dergleichen verschriftlicht und bei allen Grundlage der täglichen Arbeit.

Wie aber reagieren Mitarbeiter*innen von Erziehungsberatungsstellen, wenn Menschen Beratung aufsuchen, die dieses Grundrecht missachten, indem sie es anderen Menschen nicht zugestehen? Welche Handlungsspielräume und Möglichkeiten gibt es, wenn Ratsuchende in Beratungsgesprächen andere Bevölkerungsgruppen oder auch Mitarbeiter*innen von öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kitas, Jugendämtern usw.) aufgrund ihrer Weltanschauung, Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion stark und pauschal abwerten, Symbole von verfassungsfeindlicher politischer Orientierung offen zur Schau stellen oder zum Beispiel ihren Kindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nur unter religiös oder politisch motivierter Beschränkung erlauben? Welche Handhabe gibt es, wenn man im eigenen Team mit Kolleg*innen mit abwertenden Vorurteilen oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert wird?

Wichtig ist in dem Zusammenhang ein grundsätzliches Bewusstsein darüber, dass das Thema Demokratieförderung Teil des Auftrags von Erziehungs- und Familienberatungsstellen ist. Der Gedanke der Demokratieförderung (sowie der der Entnazifizierung) spielte eine bedeutende Rolle bei der flächendeckenden Entstehung von Erziehungsberatungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland der Nachkriegszeit. Er lässt sich zurückverfolgen bis hin zur Entstehung der ersten Erziehungsbera-



Familienberatung ein Ort sein kann, an dem diesen Tendenzen durch aktive Demokratieförderung entgegen gewirkt werden kann, um Kindern und Jugendlichen ein Aufwachsen in einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen (vgl. Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V., 2024, S. 102). Die vorliegende bke-Stellungnahme befasst sich demnach damit, wie in den Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen Demokratieförderung bereits geschieht, welches zusätzliches

Teilhabemöglichkeit« (bke 2022, S. 39). Damit orientiert sich die bke in ihrer Haltung an Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes (GG): »Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.« Bei den meisten Einrichtungen und freien Trägern ist dieses Grundrecht in

tungsstellen um Alfred Adler im Wien der 1920er Jahre.

Viele Grundlagen der Beratung und der daraus folgenden Haltungen und pädagogisch-psychologischen Implikationen basieren auf den in Kinderrechten, Menschenrechten und im Grundgesetz formulierten Werten, welche auch das Fundament des in Deutschland insgesamt geltenden Rahmens der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bilden. Nach aktuellem Forschungsstand hängt das Kindeswohl mit vielen der dort formulierten Prinzipien zusammen. Darüber sind die zwei zunächst möglicherweise getrennt wahrgenommen Bereiche der politischen Bildung und Demokratieförderung einerseits und die der Familienbildung und -beratung andererseits inhaltlich und im Auftrag miteinander verknüpft bzw. bedingen sich. Daraus ergibt sich auch im Sinne der Kinder und Jugendlichen, auf deren Wohl Beratung in letzter Instanz ausgerichtet ist, die Relevanz der Auseinandersetzung mit dem Thema der Demokratieförderung in den Beratungseinrichtungen angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Elemente der Förderung von demokratischem Denken und Handeln

Die Theorien, wie es dazu kommt, dass Menschen andere (Menschengruppen) stark abwerten, sich radikalisieren, sich in Gruppen einfügen, die sich von demokratischen Strukturen und Ideen abwenden oder sich Verschwörungsideologien zuwenden, sind sehr vielfältig. Ideen, wie man diese Menschen erreicht oder präventiv gegen solche Entwicklungen tätig werden kann, finden sich in Konzepten zur Demokratieförderung. Der AWO Bundesverband empfiehlt beispielsweise, in den eigenen Strukturen für wertorientiertes Handeln zu sensibilisieren und Mitarbeiter*innen zu qualifizieren, um im Umgang mit menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen zu unterstützen (AWO Bundesverband e.V., 2024). Die häufigen Schlagworte sind dabei: Partizipation und Teilhabe, Abbau von Vorurteilen durch Gemeinsamkeit und Empathie, Vielfalt, Bildung und Aufklärung (vgl. BMFSFJ: Demokratie Leben! <https://www.demokratie-leben.de/>). Nun sind

Erziehungs- und Familienberatungsstellen keine Zentren politischer Bildung, dennoch sind Beratungshaltung und -methodik in den Beratungsstellen in einem engen Zusammenhang mit den Mitteln der Demokratieförderung zu sehen. Berater*innen agieren als Vorbild durch respektvolle, vorurteilsfreie, inklusive Sprache, durch eine wertschätzende, allparteiliche Grundhaltung in Beratungsgesprächen und durch Förderung von Empathie; der Fähigkeit zur Perspektivübernahme und zu gegenseitigem Verständnis auf persönlicher Ebene. Dies kann Generalisierungseffekte hervorrufen und gegen Radikalisierungstendenzen starkmachen oder immunisieren. Mitfühlende Empathie lässt uns über das bloße Verstehen der emotionalen Erfahrungen anderer hinausgehen und zwingt uns, substanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um Veränderungen herbeizuführen. Viele Graswurzelbewegungen, die dem Namen nach aus der Basis der Gesellschaft entstanden sind, basieren auf dem Verständnis, dass Menschen nicht nur leiden, sondern dass auch etwas dagegen getan werden muss. Bewegungen wie die für soziale und ethnische Gerechtigkeit oder Menschen- und Tierrechte wurden von dem Imperativ inspiriert, Mitgefühl in Taten umzusetzen (Singer & Klimecki, 2014).

Was bereits geschieht – konkrete Beratungsmethoden, die ein demokratisches Miteinander fördern

Wertschätzende, inklusive, gewaltfreie Sprache

Klient*innen erleben ein respektvolles und gewaltfreies Reden über ihre Themen, erleben ggf. aber auch ein respektvolles Reden über andere (Menschengruppen) und die Gesellschaft.

Förderung von Empathie

Wer empathisch mit dem Leid anderer ist, ist weniger offen für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Klient*innen erfahren Empathie für das eigene Leid, werden ggf. dadurch offener für das Leid anderer.

Perspektivwechsel, Reframing

Klient*innen erleben, dass jedes negativ bewertete Ereignis, jede negativ bewertete Eigenschaft oder Verhaltens-

weise in einem anderen Kontext, zu einer anderen Zeit, aus einer anderen Perspektive sinnvoll und hilfreich sein kann. Klient*innen nehmen bei Berater*innen Verständnis für die eigene Geschichte und die einer anderen Person wahr (z. B. im Mediationsprozess).

Förderung von Konfliktlösestrategien und gewaltfreier Kommunikation

Klient*innen lernen in Gruppen, in der Familienmediation oder im Mediationsprozess zwischen getrennten Eltern, Konflikte gewaltfrei zu lösen, die Perspektive des anderen zu sehen und Kompromisse zu finden.

Beteiligung und Einsatz für die Schwächeren

Klient*innen erleben, dass sie Wahlmöglichkeiten bzw. Mitbestimmungsoptionen im Beratungsprozess haben. Die Rechte der Kinder (als schwächere Teile des Familiensystems) werden in den Blick gebracht und gestärkt. Wünsche und Beschwerden von Klient*innen werden ernstgenommen und es wird nach Lösungen gesucht.

Rechtliche Rahmenbedingungen: Strafgesetz und Kinderschutz gemäß § 8a SGB VIII

Konkret sehen sich Fachkräfte in der Beratung oftmals mit Handlungen und Verhaltensweisen Ratsuchender konfrontiert, die sie selbst trotz eigener wertneutraler und offener Haltung ablehnen. Die innerhalb der Gesellschaft zu beobachtende Diskursverschiebung, die bewusste Polarisierung, die Enthemmung bei der Verbreitung von (rechtsextremistischen und rechtspopulistischen) Erzählungsmythen sowie das Verbreiten von Verschwörungstheorien machen auch vor der Erziehungsberatung nicht Halt. Für Fachkräfte stellt sich die Frage, welche Haltungen und Positionen von Ratsuchenden, die auch durch Kleidung oder Tätowierungen nach außen hin zur Schau gestellt werden, innerhalb eines freiheitlich demokratischen Diskurses als abweichende Meinung hingenommen werden müssen, und wann ein Einschreiten, trotz beraterischer Allparteilichkeit, nötig und geboten ist. Offensichtliche und ganz grundlegende Haltelinien lassen

sich in gesetzlichen Regelungen finden. Es gibt gesetzliche Rahmenbedingungen, die ein bewusstes Einschreiten der Fachkraft rechtlich ermöglichen. Ob dieses Einschreiten allerdings im Sinne des Kindeswohls die Beratung fördert oder gar fachlich geboten ist, steht auf einem ganz anderen Blatt. Beispielsweise können in diesem Zusammenhang die Grundgedanken der Straftatbestände §§ 86a »Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen«, 90, 90a, 90b, 90c (Verunglimpfen des Bundespräsidenten, des Staates, von Verfassungsorganen, der Europäischen Union) des Strafgesetzbuches (StGB) herangezogen werden.

Innerhalb einschlägiger Kreise werden zudem Symbole oder Kennzeichen verwendet, die sich bewusst in der Grauzone der Strafbarkeit bewegen. Die Prüfung von Straftatbeständen stellt allerdings nicht die Hauptaufgabe von Fachkräften der Erziehungsberatung dar. Auch Jurist*innen streiten trefflich über die entsprechende Einordnung von Zeichen und Parolen. Nur die klaren Fälle sind auch für Jurist*innen gut einzuordnen. Wer offen mit einem Hakenkreuz am Revers in die Beratung kommt, trägt ein dem § 86a StGB unterfallenden Gegenstand. Bei offen zur Schau gestellter entsprechender Haar- und Barttracht ist dies hingegen nicht der Fall. Von § 86a StGB »ebenfalls nicht erfasst sind die oft abstrus erscheinenden ›Geheimsymbole‹, die von Anhänger*innen der verbotenen Organisationen zur pseudo-heimlichen Demonstration ihrer Gesinnung ersonnen werden. Dazu gehört etwa bei NS-Anhänger*innen der verbreitete Zahlen- und Buchstaben-Fetischismus, z.B. die Zahlen 18 (alphabetisch AH = »Adolf Hitler«) oder 88 (alphabetisch HH »Heil Hitler«)« (Fischer § 86a Rn. 12a).

Ratsuchende mit eindeutigen Kennzeichen am Revers bilden (hoffentlich) die Ausnahme. Daher sollte keinesfalls vorschnell die Einladung angenommen werden, das eigentliche Beratungsanliegen zu verlassen und sich auf das ungewohnte Terrain »ist Zeichen x, y strafbar oder nicht, und wie gehen wir beispielsweise mit einer Tätowierung um« zu begeben. Dennoch ist es sinnvoll, einen groben Eindruck von häufig verwendeten Zeichen zu haben. Einen ersten Überblick, welche Symbole verboten sind, bietet das Bundesamt

für Verfassungsschutz in einer Broschüre (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2022). Eine interaktive etwas spielerische Annäherung stellt die Bundeszentrale für politische Bildung (2022) zur Verfügung.

Allerdings ist in diesem Zusammenhang bereits darauf hinzuweisen, dass die beraterische Einschätzung, was einen Straftatbestand erfüllt und was andererseits auf jeden Fall toleriert werden muss, oftmals nicht übereinstimmt. Strenggenommen erfüllt rein juristisch gesehen das Tragen eines sog. FDJ-Hemds, also des Uniformhemdes der in der »westdeutschen Bundesrepublik« verbotenen »Freien Deutschen Jugend« grundsätzlich ebenfalls den Straftatbestand des § 86a StGB. Rein rechtsdogmatisch wird durch das Tragen des FDJ-Hemdes ebenfalls der Tatbestand des § 86a StGB verwirklicht, obgleich es nach dem Rechtsempfinden vieler moralisch völlig anders zu bewerten ist als die Verwendung von nationalsozialistischen Symbolen oder Kennzeichen.

Je nach Situation und Abwägung sollte die Reaktion einer Fachkraft auf (vermeintlich) strafbares, demokratiegefährdendes Verhalten Ratsuchender unterschiedlich ausfallen. Das Spektrum reicht von bewusstem Ignorieren und zurückhaltendem Beobachten über

Leitung, wie, zu welchem Zeitpunkt gehandelt wird oder (bewusst) nicht. Einige Träger und Verbände haben Leitlinien zum Umgang mit entsprechenden Akteuren erlassen, so zum Beispiel die Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendhilfe (AGJ, 2024)

Abwägung zwischen dem Elterngrundrecht und dem Recht auf gedeihliches Aufwachsen

Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG gewährt das Grundrecht auf eine staatsfreie Verwirklichung der individuellen Erziehungsvorstellungen (elterliches Erziehungsrecht bzw. die sog. Elternautonomie). Sobald, aber auch erst dann, wenn die Schwelle zur Kindeswohlgefährdung überschritten wird, ist der Staat nach Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG als Wächter (Staatliches Wächteramt) zum Eingriff in die Elternautonomie berechtigt, wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, die Kindeswohlgefährdung abzuwenden oder an der Abwendung mitzuwirken (§ 1666 BGB). Anders ausgedrückt findet das Elternrecht dort seine Grenzen, wo Eltern in dieser Rolle versagen oder ihre elterliche Sorge missbrauchen und hierdurch das

Das Elternrecht findet dort seine Grenzen, wo Eltern in dieser Rolle versagen.

indirektes Ansprechen bis zu direktem Bitten/Auffordern, bestimmte Äußerungen zu unterlassen oder das Tragen von entsprechenden Kennzeichen (z.B. Tattoos, Aufnäher oder Bilder auf Bekleidung) zu verdecken, um einer klaren Positionierung der Fachkraft Nachdruck zu verleihen und um sich dennoch sodann dem eigentlichen Beratungsanliegen widmen zu können. Der Abbruch der Beratung und das Stellen einer Strafanzeige sollten mit Blick auf das Kindeswohl aber immer nur Ultima Ratio bleiben und nicht vorschnell in Erwägung gezogen werden.

Hilfreich sind vorherige Absprachen im Team und die Hinzuziehung der

Wohl ihrer Kinder gefährdet ist. Von Kindeswohlgefährdung spricht man im Fall einer »gegenwärtige(n), in einem solchen Maß vorhandenen Gefahr, dass sich bei weiterer Entwicklung ohne Intervention eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lässt« (BVerfG in FamRZ 15, 112; BGH in FamRZ 16, 1752) – (Fritzsche, Puneßen, 2017).

Der Elternautonomie aus Art. 6 GG ist durch das Grundrecht der Kinder auf gedeihliches Aufwachsen und freie Entfaltung und Entwicklung der eigenen (kindlichen) Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1, Art. 1 GG) eine Grenze gesetzt. Nach Überschreiten der Schwelle zur

Kindeswohlgefährdung ist der Staat nicht nur zum Eingriff ermächtigt, sondern verpflichtet. Hiervon abzugrenzen ist die Entwicklungsgefährdung (Petermann et al., 2004) eines Kindes. Hierunter ist ein Zustand zu verstehen, der bei ungehindertem Ablauf der Geschehnisse eine Beeinträchtigung der freien und gesunden Entfaltung der Persönlichkeit eines Kindes ernstlich befürchten lässt. Jede Kindeswohlgefährdung stellt eine Entwicklungsgefährdung dar, aber nicht jede Entwicklungsgefährdung eine Kindeswohlgefährdung. »Erst wenn Eltern oder Sorgeberechtigte keine erkennbare Bereitschaft oder Fähigkeit zeigen, eine vorhandene erhebliche Entwicklungsgefährdung ihres jugendlichen Kindes wahrzunehmen und in geeigneter Weise abzuwenden (z. B. auch mit erzieherischen Hilfen), ist von einer Kindeswohlgefährdung im

einer Schädigung und der Wahrscheinlichkeitsmaßstab des Eintrittes nicht hinreichend beurteilt werden können. Zu denken ist hier beispielsweise an die Frage einer verpflichtenden Impfung eines Kindes, welche die Eltern aus Gründen der eigenen Überzeugung ablehnen. Um den potenziellen Schaden und die Wahrscheinlichkeit seines Eintrittes einschätzen zu können, werden in einer Handreichung zum Umgang mit extremistischen Familien (Fritzsche & Pruneßen, 2017) u. a. folgende mögliche Aspekte der Kindeswohlgefährdung benannt, die, teilweise oder mit Ergänzung auch auf Bereiche von Sekten oder rechtsextremen und völkischen Familien übertragbar sind (ebd.). Diese können für die eigene Beratungspraxis individuelle Leitlinien bilden, um die potenzielle Schadenstiefe und den Wahrscheinlichkeitsmaßstabes

In einer Informationsschrift des Landes NRW zum Thema Umgang mit Verschwörungstheorien und Staatsablehnung werden folgende Punkte als relevant für die Prüfung auf Kindeswohlgefährdung benannt (Gollan, 2024):

- soziale Isolation und Behinderung der kindlichen Entwicklung durch Schulverweigerung und Untertauchen
- Beeinträchtigung des seelischen Kindeswohls durch Überforderung und Ängste
- Verweigerung medizinischer Versorgung
- übermäßige ideologische Beeinflussung
- Berührungspunkte der Kinder mit Kriminalität und Anleitung zur Rechtsuntreue.

»Die Familie kann also ... ein Ort sein, in dem das Selbstbestimmungsrecht und die Entwicklungsbedürfnisse von Kindern nicht oder nur unzureichend beachtet werden« (Projekt Eltern stärken, 2020, S. 17) – durch Übernahme von Vorurteilen und Feindbildern, durch Einschränkungen, z. B. nicht mit (bestimmten) Kindern spielen zu dürfen, nicht zu sich nach Hause einladen zu dürfen, nicht an bestimmten Veranstaltungen teilnehmen zu dürfen, nicht ausreichende medizinische Versorgung zu erhalten, nicht mehr am Schulunterricht teilzunehmen.

Eltern sind gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in der Pflicht, ihr Kind in der Ausübung seiner anerkannten Rechte und in seiner Entwicklung entsprechenden Weise zu leiten und zu führen (Art. 5 UN-Kinderrechtskonvention) Die Beteiligung des Kindes und sein Recht auf eigene Meinung sind ein fundamentale Kinderrecht.

Die ideologische oder religiöse Ausrichtung als solche sind nicht ausreichend für eine Kindeswohlgefährdung, es wäre eher zu prüfen, ob fundamentale Kinderrechte verletzt sind, die Lebensrealität der Kinder Anhaltspunkte für Kindeswohlgefährdung enthält (s. o.), und ob durch die Einstellungen und Lebensweisen der Eltern eine Erziehung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (§ 1 Abs. 1 SGB VIII) (dauerhaft) verhindert werden würde (Projekt Eltern Stärken, 2020, S. 18).

Mitarbeiter*innen in Erziehungs-

Der Elternautonomie ist durch das Grundrecht der Kinder auf gedeihliches Aufwachsen und freie Entfaltung und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit eine Grenze gesetzt.

Jugendalter auszugehen« (Lillig, 2012, S. 9). Bei der Wahl, welche Intervention durch die Fachkraft angemessen, aber auch ausreichend ist, sollte stets der Grad des potenziellen Schadens und die Wahrscheinlichkeit seines Eintrittes mitbedacht werden, da jede Intervention letztlich einen Eingriff in die Elternautonomie darstellt.

Auch hier bietet sich eine Annäherung über Extremfälle an. Beispielsweise ist völlig klar, dass in einer Situation eines akut erkrankten Kindes, das ohne adäquate medizinische Versorgung erheblichen Schaden nehmen wird, in das elterliche Erziehungsrecht eingegriffen werden muss, wenn die Eltern aus (z. B. religiösen) Gründen eine Behandlung ablehnen. Schwieriger zu beurteilen ist die Sachlage beispielsweise, wenn der potenzielle Grad

des Schadenseintrittes zu beurteilen:

- beträchtliche gesellschaftliche Isolation und Außenseiterrolle
- Unterdrückung persönlicher Bindungen zu Andersdenkenden, Andersgläubigen
- Kontrollpraktiken und Beschwörung von Schuldgefühlen
- stark angsterzeugend (bspw. durch dämonische Bilder)
- überzogene Verhaltensregeln
- Einschränkungen der kindlichen Autonomie und bei rechtsextremen oder völkischen Familien zusätzlich:
- überfordernde Loyalitätskonflikte (bspw. Werte in der Familie vs. Werte in der Betreuungseinrichtung/ Schule)
- autoritärer, auf Gehorsam und Unterwerfung abzielender Erziehungsstil (ebd.).

Jugend- und Familienberatungsstellen bewegen sich in der Beratung einiger Familien in diesem Spannungsfeld, sie sind Fachkräfte im Umgang mit Kindeswohlgefährdungen. In den Beratungsstellen regeln Konzepte den Umgang mit einer Situation, bei der es sich möglicherweise um eine Kindeswohlgefährdung handelt. Das Einbeziehen einer InsoFa (insoweit erfahrenen Fachkraft) zur Gefährdungsabschätzung, ein klares, sensibles Gespräch mit den Eltern, um zu prüfen, welche Ressourcen zur Abwendung der Gefährdung bestehen, die Erstellung eines Schutzplanes, gegebenenfalls eine Meldung an das zuständige Jugendamt, sind gängige Praxis. Im Gespräch mit den Eltern könnten die gemeinsame Reflexion der möglichen Auswirkungen auf für das Kind oder auch das Aufklären über mögliche Auswirkungen hilfreich sein. Auch wenn die Kriterien einer Kindeswohlgefährdung nicht erfüllt sind, man sich eher im Bereich einer Kindesentwicklungsgefährdung bewegt, ist dies ein sinnvolles Vorgehen. Ziel sollte sein, die Eltern möglichst in der Beratungsbeziehung zu halten, um das Familiensystem und vor allem die Kinder nicht aus dem Blick zu verlieren.

Entwickeln und Reflektieren der eigenen Haltung

Für einen klaren Umgang mit dem Thema Demokratieförderung in der Beratungsstelle ist eine Selbstreflexion der Fachkräfte unabdingbar. Diese muss auf zwei Ebenen geschehen. Zum einen geht es um Fragen wie: »Wie stehe ich selbst zu einzelnen Teilen der Bevölkerung? Wie sind meine eigene Werte? Wo sind meine Toleranzgrenzen?« Hier geht es um das Bewusstsein eigener Werte und Vorurteile und um das Reduzieren blinder Flecken auf Seiten der Beratenden. Hierüber ist auch eine Auseinandersetzung im Team sinnvoll und hilfreich, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen und im Bedarfsfall zu thematisieren. Auf der zweiten Ebene geht es um das Verhalten in Bezug auf in die Beratungsstellen hineingetragene Haltungen, die konträr zu dem erarbeiteten Leitbild und/oder eigenen Werten stehen. Hier stehen Fragen im Raum wie: »Wie stark ist mein eigenes Bedürfnis nach Kongruenz/Echtheit? Wie gehe ich in relevanten Situationen vor; bin ich

direkt oder eher zurückhaltend?« Eine Auseinandersetzung damit bildet die Basis für sicheres Handeln. Ziel ist die Entwicklung einer persönlichen Haltung im Sinne eines bewussten Auftretens und das Erkennen eigener Toleranzgrenzen, weniger im Sinne von Ertragen und Aushaltenkönnen, sondern eher im Sinne von: »Was bin ich bereit mitzutragen, auszublenden oder anzusprechen?«.

Fühlt die Beratungsfachkraft sich in ihren eigenen Werten über die Toleranzgrenzen hinaus berührt, merkt das Gegenüber möglicherweise deren innere Grenzen an der Körpersprache und Mimik. Staut die beratende Person gegebenenfalls auch Ablehnung auf und grenzt sich dann eher ärgerlich trennend ab, gefährdet das die beraterische Beziehung möglicherweise mehr als freundliche, aber direkte und klare Ansprache. Im Idealfall lässt sich eine gute Beratungsbeziehung indirekt und direkt zu Wertevermittlung nutzen.

Möglichkeiten im Umgang mit Äußerungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdendem Inhalt im Gespräch

Äußern sich Ratsuchende im Gespräch diskriminierend gegenüber anderen Menschengruppen – diffamieren sie z.B. andere Mitarbeiter*innen von Institutionen, beschimpfen radikal demokratische Strukturen oder Institutionen – so stellt sich die Frage, wie man als Berater*in damit umgeht. Auftrag der Erziehungsberatung ist in erster Linie die individuelle Unterstützung der Familie, dennoch sind Beratungsstellen auch Teil des demokratischen Systems und vertreten dessen Werte. Wenn Ratsuchende diese Werte nicht akzeptieren, bewegt man sich im Spannungsfeld der Aufrechterhaltung der beraterischen Beziehung, des Einstehens für die Grundwerte der Einrichtung, der Gesellschaft und der persönlichen Toleranz(grenzen). Parallel läuft die oben genannte Reflexion der Situation der Kinder. Im Folgenden wird eine (unvollständige) Reflexion von Handlungsoptionen für die individuellen Fallkonstellationen dargestellt:

Ausblenden (der Äußerungen) und Konzentration auf das Sachthema

Gelegentlich macht es Sinn, nicht auf getätigte Äußerungen einzugehen. Das »Überhören« und Hinwenden zum eigentlichen Thema der Elternberatung gefährdet vordergründig nicht die Beratungsbeziehung. Dies ist möglicherweise am Anfang einer Beratung sinnvoll, oder auch, wenn man sich gerade in einer sensiblen Phase bezüglich anderer Themen befindet. Wichtig ist, dass Beratungsfachkräfte reflektieren, ob sie eine innere negative Haltung gegenüber diesen Ratsuchenden aufbauen. Auch wird durch das »Überhören« signalisiert, dass man die Äußerungen duldet und toleriert.

Erfragen des »Frusts hinter dem Frust«

Eine weitere Option besteht darin, auf das vermutete Gefühl hinter den abwertenden Äußerungen einzugehen und gemeinsam mit den Klient*innen deren Enttäuschung, Ärger, Hilflosigkeit und Existenzängste zu ergründen, die ja in die Familie hineinwirken. Dies kann sich sowohl stärkend auf die Beratungsbeziehung auswirken, als auch die Ratsuchenden in der Reflexion der eigenen Verhaltensweisen unterstützen. Allerdings kann es auch dazu führen, dass Ratsuchende die Verknüpfung nicht herstellen wollen und den Raum für weitere Äußerungen nutzen.

Indirektes Ansprechen

Ein Benennen problematischer Äußerungen unter Vermeidung einer Konfrontation kann hilfreich sein, wenn die Äußerungen im Graubereich sind oder eine Gefährdung der Beratungsbeziehung vermieden werden soll. »Zu diesem Thema gibt es verschiedene Meinungen.« Alternativ: »Ihre Aussagen, könnten durchaus als irritierend/problematisch/rassistisch verstanden werden. Aber wir haben ja hier ein wichtiges anderes Thema: Es geht um ihr Kind.«

Direktes Ansprechen

Ein direktes Bitten um Unterlassung, ggf. mit Hinweis auf Leitbild oder Hausordnung und Zurückführung auf das Thema der Beratung wäre beispielsweise: »Diese Äußerungen gehören nicht hierher.« Oder: »Bitte unterlassen Sie solche Äußerungen. Wir wollen hier in einem Klima gegenseitigen Respekts über die Belange Ihrer Kinder reden.« Dies kann die Beratungsbeziehung irri-

tieren, setzt andererseits klare Rahmenbedingungen und gibt Ratsuchenden Orientierung.

Widersprechen

In manchen Situationen lohnt sich auch, deutlich Haltung zu zeigen oder zu widersprechen. Die Erziehungs- und Familienberatung ist kein direktes Instrument demokratischer Bildung, eine inhaltliche Auseinandersetzung bietet jedoch eine Chance für Entwicklung. Beratungsfachkräfte sollten dafür vorab die eigene Haltung auch gegenüber den jeweiligen Ratsuchenden prüfen, weil nur unter dem Vorzeichen des Respekts eine Argumentation gut gelingen kann. Möglichkeiten sind z. B.:

- indirektes Widersprechen mit Hinweis auf anderen Kontext: »Mag sein, dass es dort so ist, aber an dieser Stelle ist es ja auch anders...«
- direktes Widersprechen der Aussage im Sinne guter Argumentationskultur: »Wissen Sie, ich sehe das anders. Da bin ich nicht Ihrer Meinung.« – gefolgt von 3 fakten-, erfahrungs-, oder wertebasierten Argumenten und einem abschließenden Satz, Hinweis oder Wunsch.¹

Die Aussagen der Ratsuchenden erfahren durch diese Vorgehensweise eine Reaktion bzw. Aufmerksamkeit und die Werte der Berater*in und oder der Einrichtung werden sichtbar. Dies kann zur Irritation der Beratungsbeziehung führen, andererseits bleibt die Integrität der Berater*in gewahrt.

Settingwechsel und Beratungsabbruch

In einigen Situationen ist auch ein Berater*innenwechsel oder sogar Beratungsabbruch sinnvoll oder notwendig. Ratsuchende brechen gegebenenfalls die Beratung ab, wenn sie sich in ihren politischen oder ideologischen Äußerungen kritisiert oder begrenzt fühlen. Auch wenn Beratungsfachkräfte emotional zu involviert sind, oder Ratsuchende gesetzte Grenzen nicht wahren, ist über einen Berater*innenwechsel oder einen Beratungsabbruch nachzudenken. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund des Kinderschutzes gut abzuwägen und sollte vom Team und der Leitung mitgetragen und ggf. supervisorisch begleitet werden.

¹ 5-Satz-Methode oder 5-Satz-Technik, angelehnt an die antike Rhetorik-Lehre, weiterentwickelt nach Benjamin Winkler, Antonio Amadeus-Stiftung.

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche spiegeln ihr Umfeld wider und können mitunter auch Äußerungen tätigen oder Verhaltensweisen zeigen, welche ausgrenzend und herabwürdigend sind. Beratungsfachkräfte, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, kennen diese Thematik und erleben in letzter Zeit vermehrt Äußerungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Häufig sind es Motive von Zugehörigkeit, Identitäts-

findung und auch Orientierung und Abgrenzung, die Kinder und Jugendliche diese Äußerungen tätigen lassen. Für Beratungsfachkräfte ist es geboten, genau hinzuschauen: Steckt eine (möglicherweise auch entwicklungsgefährdende) familiäre Einstellung dahinter, welche die Kinder und Jugendlichen wiederholen? Sind es Gruppenzugehörigkeitsprozesse in der Schule oder Freundesgruppe? Will der junge Mensch sich mit der Beratungsfachkraft auseinandersetzen, um die eigenen Werte zu entwickeln? Oder gibt es Radikalisierungsprozesse? Hier braucht es sensibles Vorgehen, hinterfragen, ohne zu bewerten, erklären, ohne zu belehren, und gegebenenfalls den Austausch mit Kooperationspartnern in den Bildungseinrichtungen, um den Kinderschutz im Blick zu behalten.

Gruppen

Besondere Relevanz hat das Verhalten zu ausgrenzenden und gruppenbezogenen menschenfeindlichen Äußerungen im Kontext von Multifamilien- und Gruppenangeboten. Der Schutz aller Anwesenden vor Diskriminierung hat hier einen hohen Stellenwert, im Sinne einer Demokratieförderung wäre ein reines Äußerungsverbot oder eine Ausgrenzung der Person mit dem problematischen Verhalten jedoch als wenig förderlich anzusehen. Gerade der traditionell niedrigschwellige Zugang

ist ja genau dafür sinnvoll, auch solche Familien zu erreichen, denen es aus verschiedenen Gründen schwerfällt, Unterstützungssysteme in Anspruch zu nehmen. Dabei sind vor allem die Kinder dieser Familien im Blick zu behalten. Im Impulspapier zu Demokratiebildung und -förderung in Familienbildung und -beratung machen die Autorinnen diesen Punkt als ein zentrales Handlungsfeld aus, welches bisher zu wenig beachtet wurde und notwendig zu vertiefen wäre (Dubiski et al., 2022). Für

den Umgang mit diesem Konflikt ist die Klarheit der Haltung der Beratenden, das Vorhandensein eines (inneren) Leitfadens und auch das Erarbeiten einer Gruppenethik gemeinsam mit den Teilnehmenden unerlässlich, um eine solch schwierige und komplexe Situation fachlich gut begleiten zu können.

Weiterentwickeln von Leitbildern und Konzeptionen

Gemeinsam mit Leitungen und Trägern sollte geprüft werden, ob es in Zeiten zunehmender Radikalisierung in Verhalten und Sprache ausreichend ist, auf eine Offenheit in der Arbeit gemäß Art. 3 Abs. 3 GG hinzuweisen oder ob es expliziterer Formulierungen bedarf. Das Grundrecht: »Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden«, gilt nicht nur für die Mitarbeitenden der Beratungsstellen im Umgang mit den Ratsuchenden oder untereinander, sondern sollte auch Basis der allgemeinen Gesprächskultur in einer Beratungsstelle sein. Möglichkeiten, dies deutlich zu machen, sind explizite Formulierungen wie: »Wir stehen für Vielfalt und Diversität«,

In manchen Situationen lohnt sich auch, deutlich Haltung zu zeigen.

oder »Diskriminierungen jeglicher Art werden nicht geduldet« in Leitbildern und Konzeptionen, auf Flyern, Internetauftritten oder Aushängen. Hier bedarf es Absprachen im Team sowie mit den jeweiligen Trägern. In Schutzkonzepten lässt sich beispielsweise auch ein Verhaltenskodex für Fachkräfte gegenüber Ratsuchenden beschreiben. Klausurtagungen bieten Raum, die eigenen Haltungen zu eruieren, gemeinsame Standpunkte zu definieren und entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Ressourcen von Beratungsstellen, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen

Es gibt viele Optionen, die Mitarbeitende von Beratungsstellen für das Thema zu sensibilisieren und handlungssicherer zu machen:

- Selbstreflexion der eigenen Haltung und eigenen Sprache
- Sensibilisierung und Schulung von Mitarbeiter*innen:
z. B. spezifische Weiterbildung zu Themen wie Demokratiegefährdung, verfassungsfeindliche Äußerungen und Symbole, Sekten und Verschwörungsideologien
- Argumentationstrainings, Kommunikationstrainings

- Weiterentwickeln von Leitbild, Konzeption, Hausordnung ggf. gemeinsam mit Leitung und Träger
- Erweiterung des Schutzkonzepts
- Klausurtagungen im Team
- Supervision.

Fazit

Das gesellschaftlich virulente Thema antidemokratischer Haltungen und der Anstieg extremistischer Ideologien macht auch vor den Erziehungsberatungsstellen nicht Halt. In den Darlegungen wird deutlich, dass Beratungsarbeit im Sinne von Kinder- und Menschenrechten eine Umgebung braucht, in der die Werte dieser Rechte geteilt werden, was den Auftrag der Institutionen über den direkten fachlichen, pädagogisch-psychologischen Inhalt hinaus erweitert. Dies erfordert eine inhaltliche und fachliche Auseinandersetzung der Fachkräfte mit den Themen Demokratie und Kinder- und Menschenrechte sowie deren Gefährdungen, die einerseits nach innen wirkt und mehr Handlungssicherheit herstellt und andererseits als klare Positionierung nach außen sichtbar wird, etwa durch explizite Formulierungen, welche in Leitbildern, Konzepten, Flyern und Internetprä-

senzen veröffentlicht werden.

Die Träger und Leitungen der Beratungsstellen sollten sich der Rolle von Erziehungs- und Familienberatung im Prozess der Demokratieförderung stellen, für das Thema sensibilisiert werden und entsprechende Konzepte für den Umgang mit schwierigen Situationen erarbeiten. Was genau eine spezifische Beratungsstelle braucht, und wie dieser Prozess der Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung, der Positionierung und den konkreten Handlungsmöglichkeiten jeweils aussieht, muss basierend auf den Impulsen des Teams einer Beratungsstelle unter Berücksichtigung des Leitbildes des jeweiligen Trägers definiert werden und die besonderen Begebenheiten der jeweiligen Sozialräume berücksichtigen. Natürlich benötigt diese Auseinandersetzung Zeit und Ressourcen, welche dafür zur Verfügung gestellt werden müssen. Das ist angesichts permanent angespannter Finanzlagen in vielen Kommunen nicht einfach, doch im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse, um einen effektiven und nachhaltigen Beitrag zum Erhalt einer offenen, vielfältigen Gesellschaft als guter Umgebung zum gedeihlichen Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu leisten.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2024): Leitlinien der AGJ zum Umgang mit der AfD und anderen rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Akteuren https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2024/AGJ-Leitlinien_zum_Umgang_mit_der_AfD.pdf

AWO Bundesverband e.V. (2024): Handlungssicherheit gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit. Eine Arbeitshilfe für ehren- und hauptamtlich Aktive, S. 6, https://demokratie.awo.org/wp-content/uploads/Handlungssicher_fuer_Demokratie.pdf

Bundesamt für Verfassungsschutz (2022). Rechtsextremismus: Symbole, Zeichen und verbotene Organisationen. Abrufbar unter: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/rechtsextremismus/2022-02-rechtsextremismus-symbole-zeichen-organisationen.html>

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke) (2022): QS EB. Qualitätsstandards für Erziehungs-, Familien- und Jugendberatung, bke: Fürth.

Bundeszentrale für politische Bildung (2022). Codes der rechtsextremen Szene. Abrufbar unter <https://www.bpb.de/fsd/elements-of-crime/w930/index.html>

Der Kinderschutzbund Bundesverband e.V. (2024): Gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in der Demokratie stärken. <https://kinderschutzbund.de/gutes-aufwachsen-von-kindern-und-jugendlichen-in-der-demokratie-staerken-eine-resolution-des-kinderschutzbundes/>

Dubiski, J., Schipperges, H. & Volf, I. (2022):

Impulspapier zur Demokratiebildung und Demokratieförderung in der Familienbildung und Familienberatung. Frankfurt.

Fritzsche, N. & Puneßen, A. (2017): Zwischen Religionsfreiheit und möglicher Kindeswohlgefährdung. Bundeszentrale für politische Bildung <https://www.bpb.de/themen/infodienst/257455/zwischen-religionsfreiheit-und-moeglicher-kindeswohlgefaehrderung/>

Gollan, A. (2024): Aufwachsen mit Verschwörungstheorien und Staatsablehnung – Kinderschutz im Kontext des »Reichsbürger-«, »Selbstverwalter-« und »Delegitimierer-Milieus«. <https://sekten-info-nrw.de/information/artikel/recht-aufwachsen-mit-verschwörungstheorien-und-staatsablehnung-%E2%80%93-kinderschutz-im-kontext-des-%E2%80%93-reichsbuerger-%E2%80%93-%E2%80%93-selbstverwalter-%E2%80%93-und-%E2%80%93-delegitimierer-milieus-%E2%80%93/>

Grundgesetz Art. 3 (3) <https://dejure.org/gesetze/GG>

Grundgesetz Art. 6 (2) <https://dejure.org/gesetze/GG>

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/08/PD24_310_22.html

Lillig, S. (2012): Wege zur Beurteilung von Gefährdungen im Jugendalter, München: DJI.

Petermann, F., Niebank, K., Scheithauer, H. (2004): Entwicklungswissenschaft. Entwicklungspsychologie – Genetik – Neuropsychologie. Springer

Projekt Eltern Stärken (Hrsg.) (2020): Eine Broschüre über Rechtsextremismus als Thema der Jugendhilfe, ElternStärken pad gGmbH, 3. Auflage <http://www.elternstaerken.de/wp-content/uploads/2020/11/Jugendhilfe-Bro-7-10-2020webversion.pdf>

SGB VIII § 1 (1) und (2): Recht auf Erziehung, Elternverantwortung und Jugendhilfe https://dejure.org/gesetze/SGB_VIII/1.html

Singer, T., & Klimecki, O. (2014): Empathie und Mitgefühl. *Current Biology*, 24(18), R 875 – R 878. <https://doi.org/10.1016/j.cub.2014.06.054>

Specht, F. (2000): Entwicklung der Erziehungsberatungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick – In: Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie, S. 49.

Strafgesetzbuch: [dejure.org](https://dejure.org/gesetze/StGB): Strafgesetzbuch, Besonderer Teil §§ 80 – 358), 1. Abschnitt -Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates. <https://dejure.org/gesetze/StGB>

UN Kinderrechtskonvention: Art. 5: Respektierung des Elternrechts, Art. 13 : Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 14: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit <https://www.kinderrechte.de/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut#c3260>

Vossler, A. (2005): Erziehungsberatung im Wandel gesellschaftlicher Umbrüche in: *ajs-informationen* 3/2005 »Erziehungsberatung und Elternbildung«.

Das »Selbstbestimmungsgesetz«

Rechtliche Auswirkungen auf die Institutionelle Erziehungsberatung

Am 1. November 2024 ist das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber möchte die Regelungen zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen bei Auseinanderfallen des Geschlechtseintrags und der subjektiv empfundenen Geschlechtsidentität vereinheitlichen und entbürokratisieren. Darüber hinaus möchte er eine selbstbestimmte Änderung

stellen berichten, dass sie konkrete Anfragen zu dem Selbstbestimmungsgesetz erhalten haben und diskutieren gerade über den Umgang mit diesen scheinbar neuen Beratungsanliegen.

Um die Auswirkungen des SBGG auf die Arbeit von Erziehungsberatungsstellen abzuschätzen, ist es zunächst erforderlich, sich mit den Zielen und Hintergründen des Gesetzes auseinanderzusetzen. Welche Motive verfolgt der Gesetzgeber mit dem

Hintergrund

Das Grundgesetz schützt auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. In der Kommentarliteratur zum Grundgesetz finden sich zumeist knappe Ausführungen zur sexuellen Selbstbestimmung als Ausprägung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Valentiner 2020). Das Bundesverfassungsgericht hat dies in zahlreichen Entscheidungen wiederholt klargestellt. Die Leitsätze eines richtungsweisenden Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2017 (BVerfG 2017) lauten:

1. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) schützt die geschlechtliche Identität. Es schützt auch die geschlechtliche Identität derjenigen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen.
2. Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG schützt auch Menschen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, vor Diskriminierungen wegen ihres Geschlechts.
3. Personen, die sich dauerhaft weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen, werden in beiden Grundrechten verletzt, wenn das Personenstandsrecht dazu zwingt, das Geschlecht zu registrieren, aber keinen anderen positiven Geschlechtseintrag als

bke Hinweis

zur Wahrung und zum Schutz der verfassungsrechtlich geschützten Geschlechtsidentität ermöglichen (vgl. BT-Drucksache 20/9049). Die Selbstbestimmung trans-, intergeschlechtlicher und nichtbinärer Menschen soll gestärkt und die respektvolle Behandlung in Bezug auf die Geschlechtsidentität verwirklicht werden (BT-Drucksache 20/11004). Erste Erziehungsberatungs-

Gesetz? Warum wurde eine Änderung der Rechtslage für erforderlich gehalten? Was regelt das Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag und was nicht? Erst auf dieser Grundlage können die rechtlichen Auswirkungen des Selbstbestimmungsgesetzes auf die tägliche Arbeit in Erziehungsberatungsstellen eingeschätzt werden.

weiblich oder männlich zulässt. Durch das Selbstbestimmungsgesetz soll die Verwirklichung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung erleichtert und das Transsexuellengesetz (TSG) im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ersetzt werden. Mittel ist die selbstbestimmte Wahl der personenstandsrechtlichen Geschlechtszuordnungen und der Vornamen. An dieser Stelle sei kurz darauf hingewiesen, dass es um die selbstbestimmte Verwirklichung der Geschlechtsidentität geht und das Recht auf Änderung der Vornamen als Annex der Änderung des Geschlechtseintrages folgt. Das Gesetz ermöglicht nicht die unbürokratische Änderung des Vornamens bei sonst beibehaltender personenstandsrechtlicher Geschlechtszuordnung.

Das vormalige TSG setzte für eine Änderung des Geschlechtseintrags die Einholung von *zwei* Sachverständigengutachten *und* eine gerichtliche Entscheidung voraus. Dieses von vielen als entwürdigend angesehene, kostspielige und langwierige Procedere wurde durch das Selbstbestimmungsgesetz abgeschafft. Die nach dem TSG obligatorische Begutachtungspflicht wurde zunehmend auch bei den Begutachtenden sehr kritisch gesehen. Der 40. Deutsche Psychotherapeutentag hat sich in einer Resolution dafür ausgesprochen, eine Änderung im Personenstandsregister über eine Erklärung beim Standesamt zu regeln und den Geschlechtseintrag im Wesent-

register und ihren Vornamen ändern zu lassen – nicht mehr aber auch nicht weniger. Explizit werden medizinische Maßnahmen im SBGG nicht geregelt (§ 1 Abs. 2 SBGG). Auch Folgefragen, welche *rechtlichen* Wirkungen eine Änderung des Geschlechtseintrags nach sich ziehen können, sind mannigfaltig und werden nicht oder nur teilweise durch das SBGG geregelt. Beispielsweise stellt sich die Frage, wie mit der Teilnahme an sportlichen Wettbewerben umgegangen werden kann, wenn die Geschlechtsidentität oder biologische Merkmale nicht eindeutig den traditionellen Kategorien zugeordnet werden können. Ein weiteres Thema

sind medizinische Behandlungen und die Frage, ob Krankenkassen sich auf den Geschlechtseintrag berufen können, um bestimmte Behandlungen abzulehnen.

Derartige Fragestellungen verdeutlichen, wie komplex die rechtlichen Auswirkungen einer Änderung des Geschlechtseintrags in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sein können.

Beratung festgeschrieben. Wie diese Beratung zu erfolgen hat, bleibt den Beratungsstellen überlassen. Einzig der Beratungsgegenstand scheint beschrieben. Ziel der Beratung soll sein, dass sich die Rat suchende Personen nach der Beratung der Tragweite der Folgen einer Änderung des Geschlechtseintrages bewusst wird.

Regelungen im Einzelnen

Eintragungsoptionen

Auch künftig stehen die Einträge »männlich«, »weiblich« und »divers« im Personenstandsregister offen. Daran hat das Selbstbestimmungsgesetz

Fachliche Fragen werden vom Gesetzgeber nicht beantwortet.

in Bezug auf den Geschlechtseintrag nichts geändert. Auch wird es weiterhin möglich sein, dass keine Angabe beim Geschlecht eingetragen wird, beziehungsweise die Geschlechtsangabe gestrichen wird (§ 2 Abs. 1 SBGG i.V.m. §§ 22 Abs. 3 Personenstandsgesetz).

Verfahren

Die Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen ist *nicht* jederzeit und ohne Vorlauf möglich. Gemäß § 4 SBGG ist die Änderung des Geschlechtseintrags (und der Vornamen) *drei Monate* vor der Erklärung mündlich oder schriftlich beim Standesamt anzumelden. Erst nach Ablauf dieser Frist kann sie abgegeben werden. Dann wird sie sofort wirksam. Die Anmeldung wird gegenstandslos, wenn die Erklärung nicht innerhalb von sechs Monaten nach der Anmeldung abgegeben wird.

Erklärung mit Eigenversicherung

Neben der Erklärung, dass die (empfundene) Geschlechtsidentität vom Geschlechtseintrag im Personenstandsregister abweicht, ist eine Eigenversicherung beizufügen. Die erklärende

Es ist zunächst erforderlich, sich mit den Zielen und Hintergründen des Gesetzes auseinanderzusetzen.

lichen nur vom Geschlechtsempfinden der antragstellenden Person abhängig zu machen (BPtK 2022). Das Selbstbestimmungsgesetz vereinfacht es für transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und nichtbinäre Menschen, ihren Geschlechtseintrag im Personenstands-

Fachliche Fragen, insbesondere die, wie die selbstbestimmte sexuelle Entwicklung von minderjährigen Ratsuchenden im Beratungsprozess zu berücksichtigen ist, werden vom Gesetzgeber selbstverständlich nicht beantwortet. Es wird lediglich eine obligatorische

Person muss versichern, dass der gewählte Geschlechtseintrag der eigenen Geschlechtsidentität am besten entspricht und ihr die Tragweite der Folgen der Erklärung bewusst ist. Bei Minderjährigen ist zusätzlich zu versichern, beraten worden zu sein.

Voraussetzungen zur Änderung des Geschlechtseintrages – Volljährige, § 2 SBGG

Nach Anmeldung beim Standesamt (siehe oben, § 4 SBGG) ist eine Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen durch eine »Erklärung mit Eigenversicherung« möglich. Hierzu muss die betreffende Person dem Standesamt gegenüber erklären,

Abs. 1 SBGG) können die Änderungs-erklärung nur selbst abgeben. Deren Wirksamkeit setzt allerdings die Zustimmung der Sorgeberechtigten voraus. Sollten die gesetzlichen Vertreter (Eltern) der Änderungs-erklärung nicht zustimmen, kann deren Zustimmung durch das Familiengericht ersetzt werden. Maßstab dabei ist das Kindeswohl. Bemerkenswert ist allerdings die gesetzliche Formulierung »wenn die Änderung des Geschlechtseintrags dem Kindeswohl nicht widerspricht«. Implizit stellt der Gesetzgeber damit die These auf, dass eine Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister grundsätzlich dem Kindeswohl

Personenstandsregister. Rein informativ können Ratsuchende hingewiesen werden, dass sie nach erfolgter Änderung im Personenstandsregister ein Recht auf Änderung amtlicher Dokumente sowie Zeugnisse haben. Der Nachweis über die erfolgte Beratung gegenüber dem Standesamt erfolgt lediglich durch die Eigenversicherung der erklärenden Person. Eine offizielle Beratungsbescheinigung, ähnlich einem »Beratungsschein« ist vom Gesetzgeber nicht vorgesehen.

Was, wenn Eltern sich nicht einigen?

Sind beide Eltern gemeinsam sorgeberechtigt, haben sie über die Änderungs-erklärung im Namen des Minderjährigen beziehungsweise über ihre Zustimmung zu einer Änderung des Geschlechtseintrags eines Minderjährigen gemeinsam zu entscheiden. Sie müssen versuchen, sich zu einigen. Können sie sich nicht einigen, kann das Familiengericht auf Antrag eines Elternteils diesem die alleinige Entscheidung übertragen. Maßstab ist das Kindeswohl.

Beratungsgegenstand ist die Tragweite der durch die Erklärung bewirkten Folgen.

dass ihr Geschlechtseintrag geändert werden soll. Sie hat mit ihrer Erklärung zu versichern, dass der gewählte Geschlechtseintrag oder die Streichung des Geschlechtseintrags ihrer Geschlechtsidentität am besten entspricht. Außerdem muss sie versichern, dass ihr die Tragweite der durch die Erklärung bewirkten Folgen bewusst ist.

Voraussetzungen zur Änderung des Geschlechtseintrages – Minderjährige § 3, § 2 SBGG

Für Minderjährige bis 14 Jahre (§ 3 Abs. 2 SBGG) können die Sorgeberechtigten die Erklärung gegenüber dem Standesamt abgeben. Kinder können die Erklärung nicht selbst abgeben. Die Erklärung der Sorgeberechtigten bedarf aber des Einverständnisses des Kindes, wenn es das fünfte Lebensjahr vollendet hat. Bei Minderjährigen bis 14 Jahre muss der gesetzliche Vertreter bei der Änderungs-erklärung mit der Versicherung nach § 2 Abs. 2 SBGG zusätzlich erklären, *dass er entsprechend beraten ist*.

Minderjährige ab 14 Jahre (§ 3

entspricht, nur ausnahmsweise und im Einzelfall könne die Änderung dem Kindeswohl widersprechen. Es bleibt abzuwarten, welchen Maßstab die Familiengerichte bei dieser Prüfung anlegen werden. Minderjährige ab 14 Jahren müssen bei Abgabe der Änderungs-erklärung mit der Versicherung nach § 2 Abs. 2 SBGG selbst erklären, *dass sie beraten worden sind*.

Wer führt die Beratung durch, wozu soll beraten werden und wie ist die erfolgte Beratung nachzuweisen?

Der Gesetzgeber nennt beispielhaft, welche Personen und Stellen die erforderliche Beratung durchführen sollen (§ 3 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 SBGG). Die Beratung kann insbesondere über zwei Wege erfolgen: entweder durch Personen, die über eine psychologische, kinder- und jugendpsychotherapeutische Berufsqualifikation verfügen oder durch öffentliche oder freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Beratungsgegenstand ist die Tragweite der durch die Erklärung bewirkten Folgen für Kinder oder Jugendliche, somit die Auswirkungen der Änderung des Eintrages im

Änderung auch gegen den Willen des Kindes?

Die Erklärung der gesetzlichen Vertreter bedarf des Einverständnisses des Kindes, wenn es das fünfte Lebensjahr (aber noch nicht das 14. Lebensjahr) vollendet hat (§ 3 Abs. 2 SBGG). Zudem greifen die allgemeinen Schutzmechanismen des Familienrechts. Bei Anhaltspunkten der Gefährdung des Kindeswohls kann das Familiengericht von Amts wegen Schutzmaßnahmen treffen – bis hin zum Entzug des Sorgerechts (vgl. § 1666 Bürgerliches Gesetzbuch). Ab Vollendung des 14. Lebensjahres kann *nur* das Kind die Änderungs-erklärung abgeben, bedarf aber der Zustimmung der gesetzlichen Vertreter.

Erneute Änderung – Sperrfrist

Im Gegensatz zu medizinischen Maßnahmen zur Änderung der geschlechtlichen Identität sind Änderungen im Personenstandsregister (leichter) reversibel. Nach einer Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen gilt allerdings eine Sperrfrist von einem

Jahr. Sie soll vor übereilten Entscheidungen schützen und die Ernsthaftigkeit des erneuten Änderungswunsches belegen. Im Übrigen gelten die gleichen Voraussetzungen wie für eine erstmalige Änderung. Die Sperrfrist gilt nicht für Minderjährige.

Fazit

Bezogen auf die Arbeit in Erziehungsberatungsstellen wirft das Selbstbestimmungsgesetz nur wenige *rechtliche* Fragestellungen auf. Die wenigen rechtlichen Auswirkungen des SBGG auf die Arbeit in Erziehungsberatungsstellen sind oben beschrieben. Die wichtigste Frage jedoch ist noch nicht gestellt und beantwortet: Sind Fachkräfte in Erziehungs- und Familienberatungsstellen geeignete Personen, um das obligatorische Beratungserfordernis vor der Abgabe der Erklärung Minderjähriger zu erfüllen? Diese Frage ist mit einem ganz klaren Ja zu beantworten. Das in § 3 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 und 2 SBGG beschriebene Kompetenzprofil findet sich nahezu wörtlich in den Teams der Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Aufgrund ihrer allparteilichen, wertneutralen,

zugewandten Haltung, der multidisziplinären Fachteams und aufgrund ihrer gelebten Beratungspraxis sind Erziehungsberatungsstellen *die* geeignete Institution der Kinder- und Jugendhilfe zur Beratung hinsichtlich der Frage, welche Auswirkungen und Folgen die Abgabe einer Erklärung eines Minderjährigen zur Änderung des Eintrages im Personenstandsregister hat. Zudem steckt hinter der scheinbar neuen Frage des Selbstbestimmungsgesetzes die altbekannte Herausforderung einer*s jeden Jugendlichen, eine eigene Geschlechtsidentität zu entwickeln, durchzusetzen und zu verwirklichen.

Ergänzend zum rechtlichen Blickwinkel ist jedoch zu beleuchten, wie *fachlich* mit trans-, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen und deren jeweiligen Familiensituationen in der Beratung umgegangen wird. Wie kann mit der Vielfalt der Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, der psychosexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und den hieraus resultierenden spezifischen Beratungsbedarfen, sowie mit den damit verbundenen Herausforderungen an die Berater*innen umgegangen

werden? Das sind *die* entscheidenden Fragen zu denen das Selbstbestimmungsgesetz geradezu aufruft. Ein Weiterdenken ist erforderlich. Die bke wird sich bei ihrer Wissenschaftlichen Jahrestagung unter der Überschrift *Geschlechter Identitäten Familienvielfalt* vom 10. bis 12. September 2025 in Hamburg diesen Fragen und deren Beantwortung widmen.

Literatur

BPTK (2022). Abbau von struktureller Diskriminierung gegenüber trans Menschen. Resolution verabschiedet vom 40. Deutschen Psychotherapeutentag, 13./14. Mai 2022 in Stuttgart, abrufbar unter: https://www.lsvd.de/media/doc/6417/2022-05_dpt_resolution-abbau-von-struktureller-diskriminierung-gegenueber-trans-menschen.pdf

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Gesetz über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag (SBGG) – Häufig gestellte Fragen <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/queerpolitik-und-geschlechtliche-vielfalt/gesetze-ueber-die-selbstbestimmung-in-bezug-auf-den-geschlechtseintrag-sbgg--199332>

BVerfG (2017). Leitsätze zum Beschluss des Ersten Senats vom 10. Oktober 2017 - 1 BvR 2019/16 -, Rn. 1-69, abrufbar unter: https://www.bverfg.de/e/rs20171010_1bvr201916.html

Valentiner, D. S. (2020). Das Grundrecht auf sexuelle Selbstbestimmung. In S. Baer et al. (Hrsg.), *Schriften zur Gleichstellung* (Band 52, 1. Auflage). Nomos.

Impressum

Herausgeber

Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V.
Herrnstraße 53, 90763 Fürth
Tel: (09 11) 9 77 14-14
Fax: (09 11) 74 54 97
E-Mail: bke@bke.de
Internet: www.bke.de

Redaktion

Martin Hain, Herbert Schilling,
Sonja Peter
Gestaltungskonzept:
Armin Stingl, Fürth
Druck: Druckerei PRINT COM e.K.,
Erlangen
Die Informationen für Erziehungsberatungsstellen erscheinen jährlich mit drei Heften.

Bezugspreis

Einzelheft: 5,50 Euro (zzgl. 1,40 Euro Versandkostenpauschale); im Jahresabonnement 13,50 Euro, (zzgl. 5,- Euro Versandkostenpauschale). Das Abonnement ist für ein Jahr gültig und verlängert sich automatisch, wenn 6 Wochen vor Ende des Kalenderjahres keine Kündigung eingegangen ist. ISSN 1434-078X.

bke-Stellungnahme und bke-Hinweis:

In der Rubrik *bke-Stellungnahme* äußert sich die bke zu Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für das Gebiet der Erziehungs- und Familienberatung. In der Rubrik *bke-Hinweis* gibt die bke Anregungen zur praktischen Gestaltung der Arbeit in den Erziehungs- und Familienberatungsstellen. Die Texte in beiden Rubriken sind durch Beschluss des Verbandes autorisiert.

EB-Forum: Im EB-Forum werden

Beiträge veröffentlicht, in denen Autoren ein Thema der Erziehungs- und Familienberatung aus eigener Sicht behandeln. Diese und andere namentlich gezeichneten Beiträge geben nicht unbedingt die Auffassung der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung oder der Redaktion wieder.

Manuskripte: Die Einsendung von Manuskripten wird an die Adresse der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung erbeten. Über eine Veröffentlichung entscheidet die Redaktion. Zurücksendung erfolgt nur, wenn Porto beigefügt ist.

Nachdruck: Der Nachdruck von bke-Stellungnahmen und bke-Hinweisen ist unter Angabe der Quelle erwünscht. Der Nachdruck von Autorenbeiträgen bedarf der Zustimmung der Redaktion.

Damit Eltern wieder Halt geben können

Die Arbeit mit eskalierenden Elternsystemen in der Psychologischen Beratungsstelle Meppen.

Von Susanne Rademacher und Katja Schwerdt¹

Die Meppener Beratungsstelle bietet Ehe, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung an. Das Team besteht aus zehn Beraterinnen und zwei Beratern mit verschiedenen Grundausbildungen und Weiterbildungen (u.a. Verhaltenstherapie, Paarberatung, systemische Beratung/Therapie, Familienberatung, Gewaltberatung, Mediation). In einem fortlaufenden Prozess entwickelt das Team die Arbeit mit eskalierenden Elternsystemen weiter. Dabei sind

Vorgeschichte des Meppener Weges

Etwa seit 2020/21 entwickelt das Team das Konzept der Beratung mit eskalierenden Elternsystemen für die Erziehungsberatung weiter. In der Zeit davor arbeiteten wir selbstverständlich auch mit eskalierenden Elternsystemen und Eltern in Trennungs- und Konfliktsituationen. Dies lag jedoch auf den Schultern nur weniger Kolleginnen und Kollegen. Sie führten die Beratung mit

bracht. Es hatte sich ein »Spezialfeld« entwickelt, das man lieber den Wenigen überließ.

Eine Fortbildung des Bistums Osnabrück ebnete den Weg für neue Ideen. Dort wurde von der Arbeit mit einem Berater*innen-Tandem im Mediationskontext berichtet. Deutlich wurde, dass diese Tätigkeit nicht belastend sein muss. Dahingehend inspiriert machte sich eine Kollegin auf den Weg und ließ sich zur systemischen Mediatorin ausbilden.

Die damalige Corona-Zeit nutzte das Team, um eine Inhouse-Weiterbildung durch diese Kollegin zu machen. Alle Beratenden lernten die verschiedenen Phasen der Mediation theoretisch und praktisch kennen. Im Kollegenkreis übten wir in Rollenspielen jede Phase, reflektierten unser Erleben in den verschiedenen Rollenpositionen und erarbeiteten mögliche Handlungsoptionen und ihre Wirkung. Dies allein schon war ein prägender und intensiver Prozess, bei dem sich das ganze Team gemeinsam auf den Weg begab. In der Folge begannen nun alle Kolleg*innen in wechselnden Tandem-Konstellationen die Arbeit mit eskalierenden Elternsystemen.

Grundpfeiler des Meppener Weges

Wir führten im Verlauf der folgenden Jahre mehrere interne Fachtage durch, die wir teilweise durch externe Referentinnen begleiten ließen. Wir stellten uns den aufgeworfenen konzeptio-

EB Forum

eine gemeinsame Vorgehensweise, Haltung und Sprache entstanden. Über diesen Prozess, unsere Arbeitsweise und ein Zwischen-Fazit berichtet dieser Beitrag. Wir nutzen dazu auch einen verfremdeten und anonymisierten Fall, um unsere Arbeit und dahinterstehende Ideen und Gedanken zu verdeutlichen.

viel Erfahrung durch, hatten aber keine spezielle Weiterbildung. Es gab auch kein Rahmenkonzept. Die Arbeit wurde zwar als spannend und herausfordernd, jedoch auch als mühsam und anstrengend erlebt. Die übrigen Teammitglieder assoziierten mit dieser Tätigkeit schnell ein mögliches Inkompetenz-Erleben, Verunsicherung und Überlastung. Fälle mit hoch eskalierenden Elternsystemen wurden in Inter- und Supervisionen nur vereinzelt einge-

¹ Der Beitrag ist zuerst erschienen in: Blickpunkt EFL-Beratung, 2024 (2), Nr. 52. S. 20 – 29.

nellen Fragen, um das Mediationskonzept an unsere Klientel sowie die Besonderheiten der Erziehungsberatung nach dem SGB VIII anzupassen. Heutige, noch weiter in der Entwicklung und ständigen Reflexion befindliche Grundpfeiler unserer Arbeit sind:

- Die Beratenden arbeiten grundsätzlich im Tandem. Dabei ist eine Gegengeschlechtlichkeit nicht Voraussetzung (siehe dazu auch das Fallbeispiel unten).
- Es gibt wechselnde Tandem-Konstellationen und keine festen Berater*innen-Paarungen.
- Einzel-Vorgespräche mit jeweils einem Elternteil finden mit beiden Berater*innen statt.
- Gegebenenfalls vorhandene neue Partner*innen werden einbezogen, indem sie zum Vorgespräch mit eingeladen werden.
- Die Beratung ist für die Klient*innen freiwillig und kann jederzeit beendet werden.
- Kinder werden grundsätzlich mitgedacht, aber nicht in jedem Prozess in Präsenz beteiligt.
- Falls erforderlich, besteht die Möglichkeit, während des Mediationsprozesses unabhängig von den gemeinsamen Sitzungen Einzelgespräche für die Elternteile anzubieten. Diese werden von anderen Berater*innen durchgeführt.
- Wichtig ist uns die Trennung von Paar- und Elternebene: Die Mediation bezieht sich nur auf Themen der gemeinsamen Elternschaft.
- Während der Mediation dürfen weder Anwälte noch Gericht zeitgleich hinsichtlich der zu besprechenden Themen tätig sein.
- Die inhaltliche Ausgestaltung der Mediation geschah in Anlehnung an die Konzepte von Krabbe & Thomssen (2017) sowie Fuest-Bellendorf (2021).

Anhand eines konkreten Fallbeispiels skizzieren wir nun den Ablauf einer Mediationsberatung.

Die Eltern D. – Von der Verletzung zur Kooperation

Die Eltern D. erhalten vom Jugendamt die dringende Empfehlung, sich zur

Mediationsberatung anzumelden. Sie melden sich daraufhin beide in der Beratungsstelle.

Phase 1: Einführung

Die Eltern werden einzeln zu jeweils einem Vorgespräch eingeladen. Zu diesem Gespräch sind auch neue Partner*innen willkommen. Frau D. hat zu diesem Zeitpunkt keinen neuen Partner, sie führt das Vorgespräch allein mit den Beraterinnen Frau S. und Frau H. Herr D. bringt seine Partnerin mit. Wie im Einladungsbrief angekündigt, sprechen die beiden Beraterinnen in der ersten Hälfte des Gesprächs allein mit ihm, für die zweite Hälfte bitten sie die Partnerin hinzu.

Für das Vorgespräch haben wir

z. B. von organisatorischen Regelungen unmittelbar betroffen.

Beobachtbar ist, dass dieser Einbezug Offenheit und Transparenz schafft, die im weiteren Prozess mögliche Nebenkampf-Schauplätze mit den neuen Partner*innen unnötig machen. Die folgenden Sitzungen werden in der Regel nur mit den beiden strittigen Elternteilen geführt.

Ziele der Vorgespräche sind:

- Klärung der Passung des Angebots.
- Abklärung der Bereitschaft und Motivation der Eltern.
- Ausloten, ob der Zeitpunkt im Trennungsgeschehen passend ist für die Aufnahme einer Mediationsberatung: Bei sehr frischen Trennungen kann

Die Mediation bezieht sich nur auf Themen der gemeinsamen Elternschaft.

einen Leitfaden entwickelt, den wir mit den Beteiligten in einem maximal 90-minütigen Zeitrahmen durchgehen. In der ersten Hälfte befragen wir den jeweiligen Elternteil alleine, um zunächst offen und ohne mögliche Loyalitätskonflikte gegenüber einer*m neuen*m Partner*in über die Trennungsgeschichte, die Situation der Kinder, die Klärung des Unterhalts, die Beteiligung von Gerichten und/oder dem Jugendamt zu sprechen.

Im zweiten Teil des Gesprächs (ggf. gemeinsam mit dem*der neuen Partner*in) wird insbesondere über Ziele und Themen der Mediationsberatung gesprochen. Es wird geklärt, inwieweit es notwendig sein kann, getroffene Vereinbarungen noch einmal mit dem*der Partner*in oder anderen wichtigen Bezugspersonen rückzukoppeln.

Die Arbeit mit dem Patchwork-Familiensystem beruht auf der Erfahrung, dass neue Partner*innen in den Beratungen eine Stimme brauchen. Nicht selten verbringen auch sie Betreuungszeit mit den Kindern und sind

der Grad der Distanzierung so gering sein, dass Eltern bei einem Zusammentreffen noch nicht handlungs- und absprachefähig sind. Hier ist jeweils eine Einzelfall-Entscheidung vonnöten.

- Reduzierung der Ängste und Befürchtungen der Eltern.
- Verstehen der Trennungsgeschichte aus beiden Perspektiven: Dies dient dazu, dass die Berater*innen mögliche Fallstricke in der Mediation kennen und darauf besser reagieren können. Es dient ausdrücklich nicht dazu, diese Themen in die gemeinsamen Mediationssitzungen mit hineinzunehmen. Im Gegenteil: Wenn die Eltern jeweils ihre Geschichte erzählt haben, dann scheint es oft weniger notwendig, alte Verletzungen im Prozess wiederholt »auszubreiten«.
- Kennenlernen der aktuellen Lebenssituation und der beteiligten Personen.
- Besprechung der organisatorischen Rahmenbedingungen (Terminabsage, Kalender-Mitführung zu den Terminen u.ä.).

Die Beraterinnen H. und S. sprechen bereits im Vorgespräch an, dass sie die Beratung mit zwei Frauen führen und fragen sowohl Kindsmutter als auch -vater, ob dies für sie vorstellbar sei. Herr D. äußert offen Skepsis und seine Bedenken, dass die männliche

begonnen. Die Eltern möchten zunächst insbesondere die Dauer der Übernachtungen der noch sehr kleinen Kinder (4 und 2 Jahre sowie 1 Jahr) klären.

Beraterin S. markiert und unterbindet freundlich und bestimmt die immer wieder geäußerten Unterstellungen. Die

munikation zu treffen. So entscheiden die Eltern und nicht die Beratenden bspw. wer anfängt, ein Thema vorzuschlagen. Meldet sich ein Elternteil zu Wort, wird zunächst rückgefragt, ob es für das andere Elternteil in Ordnung ist, dass der*die andere beginnt.

Die Arbeit im Berater*innen-Tandem ermöglicht es, die verschiedenen Befindlichkeiten der Eltern gut im Blick zu haben und ggf. darauf aufmerksam zu machen.

Herr D. nimmt in den ersten Gesprächen einen großen Redeanteil ein. Das führt dazu, dass die Beraterinnen ihn bremsen, freundlich unterbrechen und dann Frau D. explizit das Wort geben. Das Zuhören und Abwarten Frau D.s wird von den Beraterinnen positiv hervorgehoben.

Wir sprechen nicht von »Umgang«, sondern von »Papa- und Mama-Zeiten«.

und Vater-Perspektive aus dem Blick geraten könnte. Jedoch allein die Thematisierung und die Möglichkeit, seine Sorgen anzusprechen, führen zu einer Entspannung. Am Ende des Vorgesprächs erklärt er seine Bereitschaft, es in dieser Konstellation zunächst einmal probieren zu wollen. Er habe sich in dem Vorgespräch ja gut verstanden gefühlt.

Die Beraterinnen bedanken sich für seine Offenheit und sagen einerseits zu, das Thema im Blick zu behalten. Andererseits fordern sie Herrn D. auf, zu signalisieren, wenn er das Gefühl hat, dass eine »Schieflage« entsteht.

Unserer Erfahrung nach ist es in der Regel gut möglich, eine gleichgeschlechtliche Berater*innen-Konstellation zu wählen. Bei starken Bedenken eines Elternteils ist die Offenheit der Beratenden, diese Paarung noch einmal verändern zu können, bedeutsam. Selbstredend gibt es auch Konstellationen, in denen eine gemischtgeschlechtliche Berater*innen-Paarung inhaltlich sinnvoller erscheint. Dadurch, dass wir nicht in festen Berater*innen-Tandems arbeiten, können wir sehr flexibel verschiedene Konstellationen anbieten und auch bei möglichen Wechseln adäquat reagieren.

Phase 2: Themensammlung

Beide Eltern kommen zum ersten gemeinsamen Mediationsgespräch mit erheblichen Vorbehalten. Anschuldigungen und Unterstellungen werden geäußert, die Verletzungen sind deutlich spürbar. Herr D. hatte Frau D. kurz nach der Geburt des dritten Kindes verlassen und eine neue Partnerschaft

Eltern sollen erleben, dass hier ein geschützter Raum zur Verfügung steht, in dem Anschuldigungen und Vergangenes nicht besprochen werden. Die Mediation arbeitet ausschließlich zukunftsorientiert und auf Ebene der Eltern.

Um Eltern- und Paar-Ebene differenzieren zu können, setzen wir in den Gesprächen häufig eine veranschaulichende Darstellung ein (siehe Schaubild S. 17). Die Eltern – noch misstrauisch, aber zur Klärung bereit – finden gemeinsame Themen und einigen sich als erstes darauf, die Papa- und Mama-Zeiten zu besprechen.

Wir sprechen nicht von »Umgang«, sondern von »Papa- und Mama-Zeiten«. Damit möchten wir die Gleichwertigkeit beider Elternteile unabhängig von der Menge der mit dem Kind verbrachten Zeit betonen. Anregungen dazu erhielten wir in der Auseinandersetzung mit einem Beitrag von Alberstötter (2013).

Die »Übergaben« nennen wir »Wechsel-Situationen«, um zu verdeutlichen, dass es hier um einen Prozess des Hinüberwechselns geht, und nicht um die Übergabe einer Ware.

Nachdem die Themen gesammelt wurden, ist eine Einigung der Eltern auf das zuerst zu besprechende Thema ein erster kleiner Erfolg in der Mediationsberatung. Die Verständigung über dieses Thema ist in aller Regel möglich – zumal mit dem Hinweis, dass im Anschluss weitere Themen nach derselben Struktur verhandelt werden.

Im Wesentlichen wird diese erste Einigung dadurch ermöglicht, dass den Eltern schon von Beginn an zugetraut wird, Minimal-Absprachen in der Kom-

Phase 3: Bedürfnisse und Bedeutungen

Nach der Einigung auf das Thema »Klärung der Mama- und Papa-Zeiten« ist die nächste Stufe der Mediation die Beschäftigung mit den Bedürfnissen und Bedeutungen, die hinter der Regelung dieses Themas stecken. Die einleitende Frage dazu lautet etwa: »Angenommen, es gelänge Ihnen, für die Mama- und Papa-Zeiten gute Regelungen zu finden (wir wissen noch nicht, wie diese aussehen könnten), was würde das für Sie, Frau D. / Herr D., verändern?«

In drei Spalten sammeln die Beraterinnen auf der Flip-Chart die Bedeutungen für die Mutter, den Vater und die Kinder. Im Gegensatz zur Phase »Themensammlung« wird in diesem Modul vertiefend und länger mit einer Person gearbeitet. Die andere Person hört zunächst zu. Die Bedeutungen für die Kinder erarbeiten beide Eltern als letztes und gemeinsam/wechselseitig.

Wir fragen einfühlsam immer weiter, bis herausgearbeitet wurde, welche tieferen Bedürfnisse hinter den Regelungen stehen. Dies ist bei Frau D. der Wunsch nach einer Entlastung und nach Sicherheit, die Kinder wirklich gut aufgehoben zu wissen. Zudem möchte sie eigene Regenerationszeiten nutzen und sich dadurch etwas freier fühlen. Herrn D.s Bedürfnisse sind, wieder mehr Zeit mit seinen Kindern zu haben und Sicherheit im Kontakt mit ihnen zu verspüren. Er hat das Gefühl, dann wieder mehr Papa sein zu können und

seine Liebe zu den Kindern besser ausdrücken zu können.

Dieser Teil der Mediationsberatung ist das »Herzstück« im Prozessablauf. Hier wird beraterisch-vertiefend gearbeitet. Die Beraterinnen fragen manchmal durchaus hartnäckig nach, was sich denn dadurch für die jeweilige Person ändern und wie sich das anfühlen würde.

Wir sind immer wieder erstaunt, wie sich in dieser Phase die Stimmung im Raum verändert. Das Zuhören wird auch für den nicht-beteiligten Elternteil möglich und Emotionen dürfen sein. Auch wenn es nicht offen thematisiert wird: Sogar strittige Personen nehmen für diesen Moment wahr, dass auf der anderen Seite auch ein Mensch mit Emotionen und Bedürfnissen sitzt. Beide erfahren zudem Wertschätzung und Gesehenwerden durch die Beratenden.

Natürlich ist wichtig, den Schutz der beiden im Konflikt stehenden Personen zu gewährleisten und die Emotionsfokussierung zu begrenzen. Dennoch sind eine Bewussterwerden und ein Spüren der dahinterliegenden Bedeutungen unerlässlich, um tragfähige Vereinbarungen treffen zu können.

Phase 4: Optionen

Die nächste Phase sieht die Sammlung von Optionen vor. Herr und Frau D. werden eingeladen, ganz weit und völlig unverbindlich zu denken: »Wie könnten Regelungen zu Mama- und Papa-Zeiten aussehen? Was könnte theoretisch möglich sein? Was haben Sie vielleicht schon mal bei Bekannten gehört/erlebt?«

Diese Phase soll dazu dienen, aus dem Entweder-Oder-Denken auszusteigen und so die Entwicklung neuer Perspektiven zu ermöglichen, die für die folgende Phase der Angebotsverhandlungen notwendig sind. Nach unserer Erfahrung fällt diese Phase den Eltern meist am schwersten. Sie befinden sich in einer vorsichtigen Haltung und haben Angst, sich etwas zu vergeben. Oft läuft die Optionen-Sammlung nur stockend ab.

Wir als Beratende bringen dann durchaus Ideen mit ein, wie es sein könnte. Wir fragen nach etwas, das vielleicht »ganz verrückt« wäre oder nennen Lösungsmöglichkeiten, die in ähnlichen Fällen schon mal als gute Ideen geholfen haben.

Phase 5: Angebote

In der nun folgenden Phase macht Frau D. dem Kindsvater das Angebot, dass er die beiden älteren Kinder jedes zweite Wochenende für eine Nacht bei sich hat. Deutlich wird, dass Herrn D. dieses Angebot nicht weit genug geht, er möchte zwei Übernachtungen aller drei Kinder. Nachdem Beraterin H. nochmals das Prinzip der Formulierungen von Angeboten (s.u.) erklärt hat, macht Herr D. das Gegenangebot, dass die älteren Kinder zwei Nächte bei ihm übernachten und das jüngste Samstag und Sonntag über Tag bei ihm ist.

Beraterin S. wirft ein, dass es zunächst einmal darum geht, zeitlich begrenzte Vereinbarungen zu treffen und keine in Stein gemeißelten, jahrelang gültigen Rahmenbedingungen festzulegen.

Frau D. bietet wiederum an, dass die älteren Kinder bis zum nächsten Beratungstermin zwei Nächte des Wochenendes beim Papa übernachten können, sie aber das jüngste Kind nur für den Samstag bringen möchte. Herr D. erklärt sich damit einverstanden, betont aber, dass er dies für keine dauerhafte Lösung halte und ihm das nicht reiche.

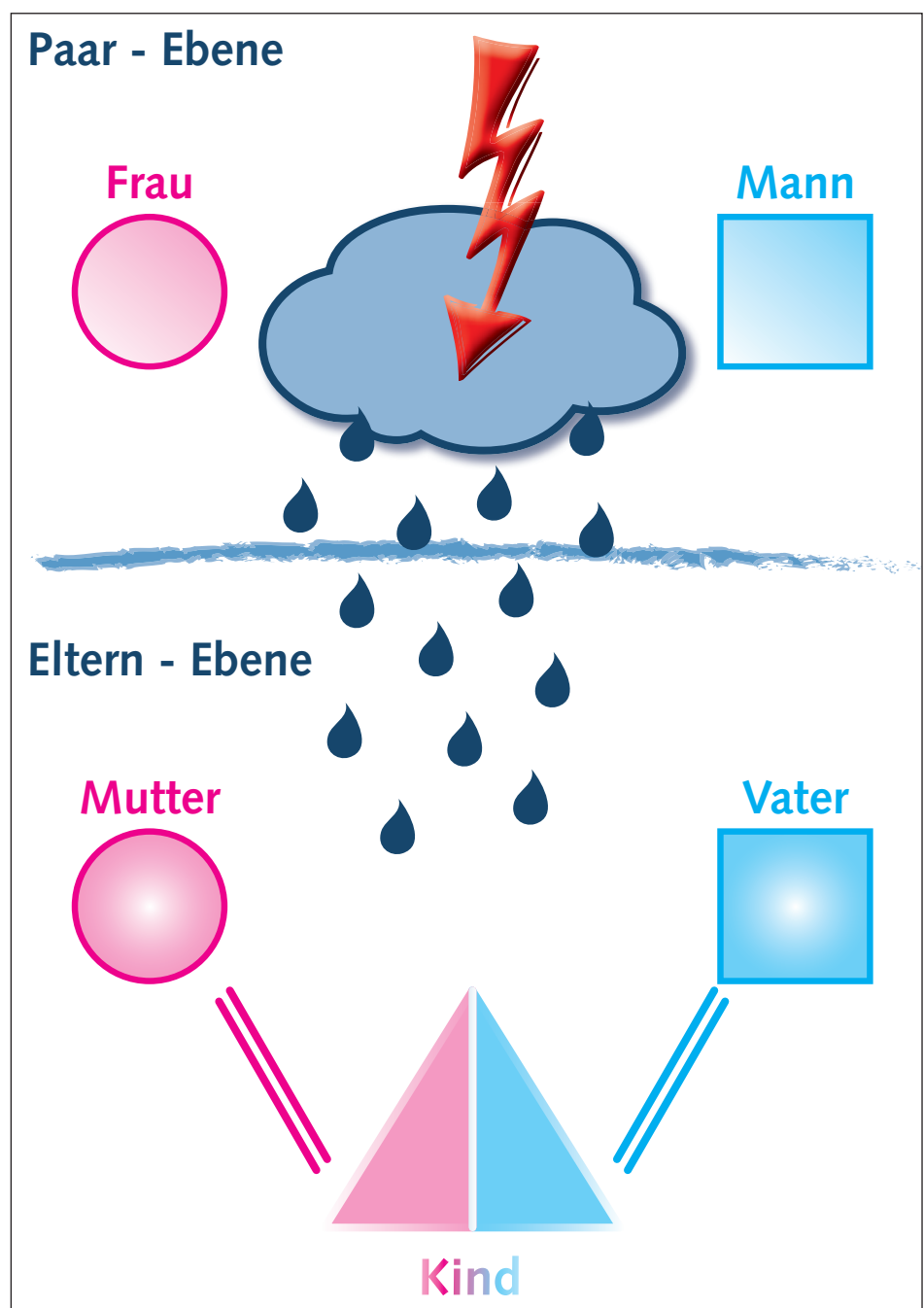


Schaubild erstellt nach Vorlagen von Tillner, 2017

Am Ende schauen Eltern und Beraterinnen noch einmal auf die gesammelten Bedürfnisse und Bedeutungen (aus Phase 3) unter der Frage: »Mit der getroffenen Regelung – haben Sie den Eindruck, dass die hier gesammelten Bedeutungen und Bedürfnisse berücksichtigt werden?«

Die Eltern werden angeleitet, konkrete Angebote an den jeweils anderen zu machen. Diese verhandeln sie kleinschrittig miteinander. Die Haltung, nicht zu fordern, sondern anzubieten, prägt diese Phase der Beratung.

Phase 6: Vereinbarungen

Die getroffenen Vereinbarungen werden durch uns verschriftlicht und an beide Eltern per Post versendet. Die Eltern sind aufgefordert, die Vereinbarungen beim nächsten Termin mitzubringen und sich (wenn sie möchten) die unterschriebenen Vereinbarungen gegenseitig zu überreichen.

Aus unserer Sicht führt dieses Procedere zu einer erhöhten Verbindlichkeit der getroffenen Absprachen. Wir haben erlebt, dass Vereinbarungen häufig dann nicht gut eingehalten werden können, wenn die Ebene der Bedürfnisse und Bedeutungen nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

Weiterer Prozess

Im weiteren Prozess kommt die Beratung der Eltern D. erheblich ins Stocken, weil bei der Umsetzung der Vereinbarungen immer wieder Probleme entstehen. Frau D. kann Herrn D. die noch kleinen Kinder kaum überlassen,

zu den Kindern auswirken könne.

Aufgrund der Hypothese der Beratenden, dass individuelle Themen unreflektiert in die Mediation hineinwirken und somit als Prozessbremse fungieren, wird beiden Eltern das Angebot von zusätzlichen Einzelgesprächen unterbreitet.

Herr D. nimmt das Angebot sofort an. Er besucht sehr offen und engagiert sechs Termine Einzelberatung bei einer unbeteiligten Beraterin, in denen er sich reflektiert und eine konstruktivere Haltung einnehmen kann. Etwas zeitverzögert nimmt auch Frau D. das Angebot der Einzelgespräche bei einer weiteren Beraterin an.

Im geschützten Raum der Einzelgespräche haben die Eltern eine Beraterin an der Seite und können eigene Themen (Schuldgefühle, biographische Themen) besprechen. In der Mediationsberatung zeigt sich nach einer Weile, dass die Gespräche konstruktiver und mit größerem Vertrauensvorschuss an den anderen Elternteil und die Beratenden verlaufen.

Die Eltern D. verhandeln in 15 Mediationssitzungen viele Themen. Es gelingt ihnen, eine stabile Basis für ihre Kinder zu schaffen. Verletzungen und Ressentiments bleiben bestehen und führen noch immer zu Konflikten. Es ist jedoch beiden möglich, dies zu reflektieren und wieder konstruktiv über Erziehungsthemen ins Gespräch zu gehen. Nach Abschluss der Mediationsberatung erhält das Jugendamt eine kurze Information über die Beendigung der Maßnahme.

Nur so besteht die Möglichkeit, dass die Eltern uns als von Jugendamt und Familiengericht unabhängig erleben.

Fazit

Die Weiterentwicklung der Beratung mit eskalierenden Elternsystemen hat in der Beratungsstelle verschiedene positive Auswirkungen. Diese erleben wir auf den Ebenen der Klient*innen, der einzelnen Beratenden, des Teams, des Beratungsprozesses und der Kooperation mit dem Jugendamt.

Klient*innen –

Halt, Sicherheit und Vertrauen

Das sehr strukturierte Setting sowie die einheitliche Ausrichtung beider Beratenden durch die Rahmenbedingungen haben einen stark haltenden Charakter. Die Struktur entzerrt die belastete Kommunikation, klare Rahmenbedingungen verhindern das Abgleiten in alte Verletzungs- und Beschuldigungsmuster.

Das ausgiebig besprochene und klar umrissene Setting gibt den Klient*innen Sicherheit und Orientierung in einer für sie hoch belastenden Beratungssituation. Diese ist zudem häufig von außen (Jugendamt, Gericht) vorgegeben, was den Druck auf das System noch erhöht.

Die Kleinschrittigkeit der Vereinbarungen begünstigt positive Erfahrungen, so dass mit Voranschreiten des Prozesses auch komplexere Themen behandelt werden können.

Das übergeordnete Ziel der Mediationsberatung ist, dass die Klient*innen wieder selbst in die Lage versetzt werden, Elternthemen miteinander zu klären. Dazu ist ein minimales Vertrauen ineinander Voraussetzung. Im Rahmen der Beratung haben die Eltern die Chance, wieder ein wenig Vertrauen (bezogen auf die Ausübung der Elternrolle) in das Gegenüber zu gewinnen.

Dafür spielt insbesondere die Phase der Bedeutungen und Bedürfnisse eine Rolle. Es werden Wertschätzung, Achtung und Respekt erfahren. Die zuhörende Position ermöglicht, auch beim Anderen wieder eine »menschliche Seite« zu erleben. Durch das Zulassen und Erleben dieser anderen Perspektiven können Eltern im Idealfall die absolute Dichotomisierung (gut/böse) und die Wahrnehmungsverengung der Trennung ein wenig verlassen und eine Perspektiven-Erweiterung zulassen.

Die Eltern werden angeleitet, konkrete Angebote an den jeweils anderen zu machen.

ihre Verletzung über das Verlassenwerden wiegt noch sehr schwer, so dass sie ihre Ängste und ablehnenden Haltungen auch auf die Kinder projiziert. Diese wollten nach ihrer Wahrnehmung nicht zum Papa. Herr D. erlebt hingegen unbeschwerte Zeiten mit den Kindern und fürchtet eine Beeinflussung durch die Kindsmutter, die sich auf Dauer schädlich auf die Beziehung

In jedem Fall, der vom Jugendamt an uns verwiesen wurde, erfolgt nach Beendigung oder auch bei Nichtzustandekommen der Beratung eine Rückmeldung an die zuständige Fachkraft des Jugendamtes. Inhaltlich machen wir keine Aussagen. Die inhaltliche Neutralität gegenüber dem Jugendamt erachten wir als notwendig, um den Beratungsraum aufrecht erhalten zu können.

Berater*in – Kompetenzerleben und Haltgeben durch klare Strukturen

Die Berater*innen erleben durch die gemeinsame Inhouse-Schulung eine Sicherheit in den Abläufen, Kommunikationsstrukturen und Themen der Beratung. Auch sie haben Halt in der Struktur und im gemeinsam erarbeiteten Konzept. Dieses Gehaltensein können sie in einer ruhigen, sicheren Beratungshaltung an die Ratsuchenden transportieren. Die einzelnen Berater*innen haben ein erhöhtes, eigenes Kompetenzerleben in ihrem beraterischen Handeln einerseits sowie in der Tandem-Arbeit andererseits. Durch die genannten Faktoren ist das Belastungserleben der Beratenden in diesem Hoch-Konflikt-Feld deutlich reduzierter.

Team – gemeinsame Sprache, Transparenz, Offenheit, Begrenzung der Verantwortung

Die ausschließliche Arbeit im Tandem, das gemeinschaftlich erarbeitete und getragene Konzept und die gemeinsame Sprache führen dazu, dass im Team eine höhere Sprach- und Reflexionsfähigkeit entstanden ist. Fälle werden oft in Interventionen reflektiert, ein Expertentum gibt es nicht mehr. Dadurch ist ein außerordentliches Klima der gegenseitigen Unterstützung entstanden. Die Rollenspiele während der Fortbildungsphase führten zu einer Transparenz und Offenheit, die weiterhin in der gemeinsamen Arbeit erhalten geblieben ist und die Kooperation äußerst positiv prägt.

Die begleitenden Fachtage mit der gemeinschaftlichen Konzeptionsarbeit förderten den Team-Geist nachhaltig. Die erarbeiteten Kriterien für die Aufnahme und das Beenden der Mediationsberatung geben Sicherheit im konkreten beraterischen Tun. Die bewusste Entscheidung für eine gute zeitliche Struktur (90 Minuten Gespräch und 30 Minuten Vor-/Nachbereitungszeit) erleben wir als förderlich für den Beratungsprozess.

Bei der Reflexion der Tandem-Arbeit sind wir derzeit in einem Entwicklungsprozess, in dem wir uns u.a. Fragen stellen, welche Absprachen und Strukturen hier noch zusätzlich hilfreich sein könnten. Grundsätzlich erfahren wir die bewusste Reflexion der Beratungstätigkeit im Tandem als förderlich für den Beratungsprozess.

Wir vertreten eine klare, gemeinschaftlich getragene Haltung: Die Verantwortung für die Gestaltung des Beratungsraums liegt bei uns. Ob es den Eltern inhaltlich gelingt, tragfähige Vereinbarungen zu treffen, bleibt in der Verantwortung der Klient*innen. Wir sehen uns nicht als Anwalt des

Im Team ist eine höhere Sprach- und Reflexionsfähigkeit entstanden.

Kindes in dem Sinne, dass wir den Eltern, »gute Lösungen« vorschlagen. Wir sehen uns vielmehr als Anwalt des Kindes, indem wir den Eltern durch das Angebot eines beraterischen Raumes neue Wege der Kommunikation ebnen.

Dies alles führt in seiner Gesamtheit dazu, dass die Arbeit mit den hoch- eskalierenden Elternsystemen nicht mehr als Belastung, sondern als reizvolle Herausforderung gesehen wird. Es entwickelte sich eine nachhaltige Haltung der Motivation und des Kompetenzerlebens in unserem Tun.

Beratungsprozess – Abbruch als Teil des Gesamtprozesses

Selbstverständlich machen auch wir die Erfahrung, dass es immer wieder Fälle gibt, bei denen der Mediationsprozess vorzeitig endet, u.U. auch schon nach den Vorgesprächen. Nicht selten kommen diese Eltern nach einiger Zeit jedoch wieder in die Mediation. Ein Grund dafür könnte die Frage des bereits oben erwähnten richtigen Zeitpunktes sein, zu dem manche Themen erst klärbar werden.

In den Nachbesprechungen und in der Reflexion der Prozess-Ebene entwickeln wir zunehmend die Haltung, einen »Abbruch« nicht als Scheitern, sondern als einen legitimen Schritt auf einem langen und beschwerlichen Weg einzuordnen. Die Mediationsberatung begreifen wir als *ein* mögliches Angebot. Es ist ein Setting im Kanon verschiedener Möglichkeiten des Elternhandelns, zu dem ebenso der Gang zum Anwalt oder vor Gericht gehören kann.

Kooperation mit dem Jugendamt – vertrauensvolles Zusammenarbeiten

In der Zusammenarbeit mit den für Trennung und Scheidung zuständigen Kolleginnen des örtlichen Jugendamtes hat unsere klare und gut kommunizierte Konzeptarbeit am »Meppener

Weg« zu einer engen und vertrauensvollen Kooperationsbasis beigetragen. Ein regelmäßiger Austausch hat dazu geführt, dass die Kolleginnen den Ablauf sowie die dahinterliegenden Ideen kennen. Dies führt auch zu zielgerichteteren Zuweisungen seitens des Jugendamtes.

Zur Qualitätssicherung fand letztes Jahr erstmalig ein gemeinsames Treffen statt, bei dem verschiedene Fälle intervisitorisch aus den beiden Perspektiven Erziehungsberatung und Jugendamt betrachtet wurden.

Mit Freude und dem Gefühl, diesen Prozess sinnvoll und gewinnbringend weiterzuentwickeln, arbeitet das Team der Beratungsstelle Meppen fortlaufend an der Gestaltung des »Meppener Weges« – damit Eltern wieder Halt geben können.

Susanne Rademacher und Katja Schwerdt sind Diplom-Psychologinnen in der Psychologischen Beratungsstelle Meppen des Bistums Osnabrück. Katja Schwerdt leitet die Einrichtung.

Literatur

- Alberstötter, U. (2013): Gewaltige Beziehungen. Verfügungsgewalt in eskalierten Elternkonflikten. In: M. Weber, U. Alberstötter & H. Schilling (Hrsg.): Beratung von Hochkonflikt-Familien. Weinheim: Beltz.
- Fuest-Bellendorf, A. (2021): Mediation hoch eskalierender Elternsysteme. Vom Verlassen eisiger Höhen. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Krabbe, H. & Thomsen, C.S. (2017): Familienmediation mit Kindern und Jugendlichen. Grundlagen. Methodik. Techniken. Köln: Bundesanzeiger.
- Tillner, W. (2017): Mediation hochstrittiger Paare. Seminarunterlagen zum gleichlautenden Seminar am 21. 3. 2017.

Der Zehnte Familienbericht der Bundesregierung und dessen Relevanz für die Erziehungsberatung

Ein Überblick über die Empfehlungen für die Beratung bei Trennung und Scheidung.
Von Mathias Berg

Der Familienberichterstattung der Bundesregierung ist ein zentrales Instrument zur Analyse und Evaluation der gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich der Familienpolitik in Deutschland. Seit 1965 werden Familienberichte regelmäßig – mindestens jede zweite Legislaturperiode – vom Bundestag in Auftrag gegeben, um die

Dabei soll jeder dritte Bericht die Lage von Familien in Deutschland möglichst umfassend darstellen, während die übrigen Berichte Schwerpunkte setzen können. Der neunte Familienbericht war in dieser Logik ein Gesamtbericht. Der Zehnte Familienbericht widmet sich spezifisch den Themen von allein- und getrennterziehenden Eltern. Grundsätzlich bieten alle bisherigen Familienbe-

familienpolitische Themen zu fördern und die gesellschaftliche Bedeutung von Familien zu unterstreichen.

Methodisch stützt sich die Familienberichterstattung auf eine Vielzahl von Datenquellen, darunter große repräsentative Umfragen, amtliche Statistiken sowie wissenschaftliche Studien. Ein wesentlicher Bestandteil der Berichte ist die Evaluation bestehender politischer Maßnahmen und Programme. Dies ermöglicht es, die Wirksamkeit und Effizienz der Maßnahmen zu beurteilen und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, um den sich wandelnden Bedürfnissen von Familien besser gerecht zu werden. Insgesamt leistet die Familienberichterstattung der Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur evidenzbasierten Politikgestaltung. Sie fördert das Verständnis für die Komplexität familiärer Lebenslagen und unterstreicht die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Anpassung politischer Strategien an die dynamischen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Die Erziehungsberatung spielt in der bisherigen Familienberichterstattung kaum eine Rolle.

Situation von Familien in Deutschland zu analysieren und zu bewerten. Diese enthalten wissenschaftliche Analysen und Daten zu verschiedenen Aspekten des Familienlebens, wie zum Beispiel Erziehung, Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, finanzielle Unterstützung und soziale Sicherung. Durch die Berichterstattung sollen politische Entscheidungsprozesse mit fundierten empirischen Erkenntnissen zu unterstützen werden. Der jeweils aktuelle Familienbericht bildet damit meist eine Grundlage für die Gestaltung zukunftsorientierter familienpolitischer Maßnahmen. Bisher wurden zehn Familienberichte veröffentlicht (vgl. Kasten).

richte Einblicke in die Lebenssituationen von Familien, deren Wandel sowie die Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Trends auf familiäre Strukturen.

Jeder Familienbericht wird von einer unabhängigen Sachverständigenkommission erarbeitet, die aus Expertinnen und Experten verschiedener Disziplinen besteht. Der Bericht wird anschließend der Bundesregierung vorgelegt, die daraufhin eine Stellungnahme abgibt und mögliche politische Konsequenzen zieht. Die Bestandsaufnahme der Lebensbedingungen von Familien sowie der Herausforderungen, denen sie gegenüberstehen, trägt weiterhin dazu bei, die öffentliche Diskussion über

Die Erziehungsberatung im Kontext der vergangenen Familienberichte

Die Erziehungsberatung spielt interessanterweise in der bisherigen Familienberichterstattung kaum eine Rolle. Lediglich im Neunten Familienbericht taucht sie mehrmals auf und wird dort als ein bedeutendes Instrument zur

Unterstützung von Familien hervor-
gehoben. Allerdings wird Erziehungs-
beratung im Grundcharakter als eine
kurzzeitorientierte Hilfe beschrieben,
da in etwa der Hälfte der Fälle die

Chronik der Familien- berichterstattung der Bundesregierung

Erster Familienbericht (1968)

Bericht der Bundesregierung über
die Lage der Familien in der Bun-
desrepublik Deutschland

Zweiter Familienbericht (1974)

Bericht über die Lage der Familien
in der Bundesrepublik Deutsch-
land

Dritter Familienbericht (1979)

Die Lage der Familien in der Bun-
desrepublik Deutschland

Vierter Familienbericht (1985)

Die Situation der älteren Men-
schen in der Familie

Fünfter Familienbericht (1994)

Familien und Familienpolitik in
geeinten Deutschland.
Zukunft des Humanvermögens

Sechster Familienbericht (2000)

Familien ausländischer Herkunft in
Deutschland. Leistungen – Bela-
stungen – Herausforderungen

Siebter Familienbericht (2006)

Familie zwischen Flexibilität und
Verlässlichkeit. Perspektiven für
eine lebenslaufbezogene Famili-
enpolitik

Achter Familienbericht (2012)

Zeit für Familie. Familienzeitpolitik
als Chance einer nachhaltigen
Familienpolitik

Neunter Familienbericht (2021)

Eltern sein in Deutschland.
Ansprüche, Anforderungen und
Angebote bei wachsender Vielfalt

Zehnter Familienbericht (2025)

Unterstützung allein- und ge-
trennterziehender Eltern und ihrer
Kinder. Bestandsaufnahme und
Handlungsempfehlungen

Beratung nach maximal fünf Kontakten
abgeschlossen wird. Es bleibt dabei
jedoch unklar, ob diese kurzen Bera-
tungszeiträume auf effektive Kurzbera-
tungen oder auf Abbrüche zurückzufüh-
ren sind. Trotz dieser Unsicherheit wird
aufgezeigt, dass mehrere Studien von
hohen Zufriedenheitswerten der Nutze-
rinnen und Nutzer sowie von positiven
Fallverläufen berichten, was darauf
hindeutet, dass die Erziehungsberatung
erfolgreich intendierte Veränderungen
im Familienleben herbeiführt. Im Rekurs
auf die Wir.EB-Studie (Arnold 2017)
argumentieren die Verfasserinnen und
Verfasser des Neunten Familienberichts,
dass sich das Wohlbefinden und die
Familienbeziehungen der Klientinnen
und Klienten im Verlauf der Beratung
zwar nachweislich positiv verändern,
jedoch ein Vergleich zu ähnlich bela-
steten Eltern, die keine Beratungsan-
gebote in Anspruch genommen haben,
fehlt.

Abseits davon kann festgehalten
werden, dass die Erziehungsberatung
in den letzten 25 Jahren erstmals näher
in einem Familienbericht beschrie-
ben und als ein wirksames Mittel zur
Unterstützung von Familien anerkannt
wurde.

Der Zehnte Familienbericht

Der Zehnte Familienbericht analysiert
die vielfältigen Lebenssituationen von
Allein- und Getrennterziehenden und
fokussiert dabei auf die Dynamiken im
Lebensverlauf. Er hebt die Bedeutung
einer Politik hervor, die sowohl die
Widerstandsfähigkeit des Einzelnen als
auch der Gesellschaft stärkt, besonders
in herausfordernden Lebensphasen wie
Trennung, Scheidung oder dem Verlust
eines Partners. Gleichzeitig sollten
Eltern und Kinder auf die Unterstützung
der Gemeinschaft zählen können. In
diesem Kontext formuliert die Sachver-
ständigenkommission vier wesentliche
Ziele für eine zukünftige Familienpolitik
(BMFSFJ 2025):

- die Förderung der ökonomischen
Eigenständigkeit von Müttern und
Vätern
- die Stärkung der gemeinsamen
Elternverantwortung
- die Berücksichtigung von Vulnerabili-

täten – also besonders verletzlichen
Lebenslagen – und

- die Anerkennung sowie Förderung
der Vielfalt von Familienformen.

Unterstützung für Familien bei elterlichen Konflikten

Elterliche Konflikte, insbesondere im
Zusammenhang mit Trennungen und
Scheidungen, sind ein weit verbreitetes
gesellschaftliches Phänomen, das er-
hebliche Auswirkungen auf alle beteilig-
ten Familienmitglieder hat. Im Zehnten
Familienbericht wird diesem Thema ein
eigener Abschnitt gewidmet (Kapitel 6:
Unterstützungspotenziale bei elter-
lichen Konflikten und sozialen Notla-
gen). Der Bericht beleuchtet die ver-
schiedenen Unterstützungsleistungen,
die für Familien in solchen Situationen
zur Verfügung stehen, untersucht die
damit verbundenen Herausforderungen
und gibt Handlungsempfehlungen für
Politik und Fachöffentlichkeit.

Eltern, die sich in Trennungssitu-
ationen befinden, stehen vor einer
Vielzahl von Herausforderungen, die
von emotionalem Stress bis hin zu
finanziellen Schwierigkeiten reichen.
Der Zehnte Familienbericht behandelt
daher eine Reihe von psychosozialen
Unterstützungsangebote für die ge-
nannte Zielgruppe, insbesondere

- Partnerschafts-, Trennungs- und
Scheidungsberatung
- Beratung und Unterstützung elter-
licher Trennung im Kontext famili-
enger Auseinandersetzungen
- Unterstützungsangebote in ökonomi-
schen Notlagen
- Schutz vor Gewalt und Vernachlässi-
gung im Kontext von Trennung.

In der Folge sollen nun mit Blick auf
die Erziehungs- und Familienberatung
zentrale Aspekte und Forderungen aus
den beiden erstgenannten Unterstüt-
zungsbereichen skizziert werden.

Partnerschafts-, Trennungs- und Scheidungsberatung

Der aktuelle Familienbericht hebt die
Bedeutung der Beratungsstellen für
Familien-, Partnerschafts- und Erzie-
hungsfragen hervor. Deutschland hat

ein gut ausgebautes Netz solcher Stellen, die vor allem bei Trennungs- und Scheidungskonflikten sowie bei Allein- und Getrennterziehenden unterstützen. Die Mehrheit der Beratungsleistungen betrifft Elternkonflikte (Statistisches Bundesamt 2021). Darüber hinaus machten im Jahr 2021 Alleinerziehende 39 Prozent der Beratungsfälle in der Erziehungsberatung aus (Fendrich u. a. 2023).

Bessere Sichtbarkeit und angemessene Ausstattung

Der Familienbericht zeigt, dass das Beratungsangebot bei der Zielgruppe kaum bekannt ist und selten genutzt wird (BMFSFJ 2025, S. 294). Die Sachverständigenkommission empfiehlt daher, die kostenfreie Beratung für getrennt erziehende Eltern und deren Kinder bekannter zu machen (S. 294–295). Dazu zählen eine Imagekampagne und eine stärkere Nutzung des digitalen Raums. Zudem wird betont, dass eine erhöhte Bekanntmachung der Trennungsberatung eine angepasste Angebotsstruktur erfordert, um bundesweit ein gut ausgestattetes Beratungsangebot und kurze Wartezeiten zu gewährleisten (S. 296).

Statistische Erfassung und wissenschaftliche Untersuchung der Trennungsberatung

Obwohl eine Bestandsaufnahme zur Trennungs- und Scheidungsberatung in Deutschland vorliegt (Nicodemus, Altmann, Juncke 2023), gibt es keine regelmäßigen Zahlen zur Häufigkeit und Nutzung dieser Beratungsangebote (§§ 17 und 18 SGB VIII). Anders als bei der Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII) werden diese Leistungen nicht systematisch von der amtlichen Statistik erfasst. Die Expertenkommission empfiehlt daher jährliche statistische Erhebungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfestatistik zu diesen kommunalen Pflichtaufgaben.

Studien zeigen, dass getrennte Elternteile häufig mit der Aufteilung von Betreuung und Umgang unzufrieden sind, insbesondere wenn sie ihre Kinder nicht regelmäßig betreuen können; dies betrifft meist Trennungsväter (Nicodemus, Altmann, Juncke 2023). Der Familienbericht stellt fest,

dass bisher keine verlässlichen Daten darüber vorliegen, ob und wie oft in Beratungen auch die sogenannten Nicht-Residenz-Eltern einbezogen werden, also der Elternteil, der nicht überwiegend mit dem Kind zusammenlebt. Darüber hinaus scheinen Konzepte für die Arbeit mit Tren-

nungsvätern (Schulte, Schäfer 2019) in Beratungsstellen bisher wenig umgesetzt zu sein. Die Sachverständigenkommission fordert daher, dass in der Trennungsberatung künftig stärker auch Nicht-Residenz-Eltern berücksichtigt werden. Es sollten zudem Statistiken erstellt werden, die erfassen, ob und wie häufig dieser Elternteil Beratung in Anspruch nimmt bzw. Teil der Beratung ist (BMFSFJ 2025, S. 297).

Ein weiterer relevanter Aspekt betrifft die Frage der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Diese sind laut Gesetz im Konflikt- und Trennungsfall an den nachfolgenden Umgangsregelungen angemessen zu beteiligen (§ 17 Abs. 2 SGB VIII). Empfehlungen variieren von teilweiser Einbeziehung in Elterngespräche bis hin zu Einzelberatungen des Kindes (u. a. Kindler, Eppinger 2022). Laut der DJI-Studie »Beratung im Elternkonflikt« (Evcil u. a. 2022) werden Kinder in der Beratung oft nur indirekt berücksichtigt. Internationale Studien zeigen jedoch, dass Vereinbarungen stabiler und zufriedenstellender sind, wenn Kinder aktiv beteiligt wurden (McIntosh u. a. 2008). Es wird empfohlen, in Deutschland weitere Untersuchungen durchzuführen, aus denen fachliche Empfehlungen für die Beratung bzw. Einbezug von Kindern im Kontext von Trennungs- und Scheidungsberatung entwickelt werden können (BMFSFJ 2025, S. 303).

Ausbau von präventiver Partnerschafts- und Trennungsberatung und der Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche

Die Familienberichtscommission kritisiert, dass § 17 Abs. 1 Nr. 1 SGB VIII, der die präventive Beratung zum partnerschaftlichen Zusammenleben betont,

Onlineberatungen sind oft besser mit dem Berufs- und Familienalltag vereinbar.

in der Fachdiskussion vernachlässigt wird. Gefordert wird daher, eine verbesserte Prävention von Partnerschaftskonflikten durch eine Ausweitung des Angebots von Beratungsstellen. Onlineberatungen, die u. a. gezielt über Trennung und Scheidung informieren, könnten diesbezüglich helfen und sind oft besser mit dem Berufs- und Familienalltag vereinbar als klassische Angebote in Beratungsstellen vor Ort. Der Familienbericht fordert daher eine stärkere Förderung professioneller Onlineberatung und digitaler Erstanlaufstellen (»Lotsenportale«), die Eltern eine zuverlässige Orientierung bieten sollen (BMFSFJ 2025, S. 300).

Zur regelhaften Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in Trennungssituationen durch spezifische Angebote (z. B. Gruppenangebote für Kinder) ist bislang wenig bekannt. Deutlich ist jedoch in Forschung wie Praxis, dass Kinder je nach Alter und familialer Konfliktsituation selbst psychosozialer Hilfen bedürfen (Zimmermann u. a. 2023). Es wird im Bericht daher gefordert, wissenschaftlich evaluierte Konzepte für Beratungs- und Unterstützungsangebote für von Trennung betroffene Kinder und Jugendliche bereitzustellen. Der Bericht betont, dass diese Angebote ausreichend vorhanden und in die Regelversorgung der Jugendhilfe integriert sein sollten. Die PROGNOSE-Studie zeigt jedoch, dass solche Angebote nicht flächendeckend existieren und wo sie vorhanden sind, gibt es oft Wartelisten (Nicodemus, Altmann, Juncke 2023). Auch digitale Angebote zur

Information und individuellen Beratung für Jugendliche sollten weiter ausgebaut werden (BMFSFJ 2025, S. 304).

Förderung von Qualität und fachlichen Standards

Der Zehnte Familienbericht kritisiert die derzeit niedrigen Qualifikationsanforderungen für Beratung in Partnerschafts-konflikt- sowie Trennungs- und Scheidungsfällen. Er betont, dass Fachkräfte über die staatliche Anerkennung bzw. den Hochschulabschluss hinaus mindestens eine zusätzliche Qualifikation in Beratungsmethoden benötigen. Darüber hinaus sind vertiefte Kenntnisse im Familienrecht sowie in der Familienmediation aus fachlicher Sicht erforderlich, um eine ausreichend qualifizierte Trennungs- und Scheidungsberatung, insbesondere in strittigen Fällen, zu gewährleisten. Da es keine einheitliche Verpflichtung für Fort- und Weiterbildungen gibt, empfiehlt der Familienbericht, flächendeckend Standards zur Qualifikation und methodischen Verfahren zu etablieren. Zudem sollte ein evaluiertes Vorgehen entwickelt werden, wie getrennte Eltern bei der Entwicklung eines »einvernehmlichen Konzepts zur Wahrnehmung der elterlichen Sorge« durch Beratung am besten unterstützt werden können (BMFSFJ 2025, S. 303).

Juristische und ökonomische Fragen sind für Trennungs- und Scheidungsberatung relevant, besonders bezüglich des Betreuungsarrangements der Eltern (z.B. Wechselmodell vs. Residenzmodell). Familienberatungsstellen bieten jedoch selten Fachwissen zu juristischen und ökonomischen Themen an (Evcil u. a. 2022), auch um Neutralität und Integrität zu wahren. Der Fokus liegt stärker auf psychologischen und pädagogischen Aspekten. Als Lösung werden Konzepte der (institutionalisierten) Co-Beratung für konfliktreiche Eltern im Bericht thematisiert. Diese sollen helfen, Beratungsaspekte zwischen Fachkräften oder Diensten wie Jugendamt und Schuldnerberatung zu teilen. Trennungseltern können auch Onlineangebote zur Selbstinformation über rechtliche und finanzielle Fragen nutzen. Dies erfordert einen Kompetenzaufbau bei Fachkräften in der Trennungsberatung. Die Sachverständigenkommission schlägt vor, die

individualisierte Trennungs- und Scheidungsberatung, insbesondere bei Uneinigkeit der Eltern, als Co-Beratung mit zwei Fachkräften durchzuführen. Darüber hinaus wird empfohlen, Berater mit fundierten rechtlichen Kenntnissen auszustatten und eine engere Zusammenarbeit mit sozialen Beratungsdiensten für Finanz- und Schuldenfragen sowie mit Unterhaltsvorschussstellen im Jugendamt zu fördern (BMFSFJ 2025, S. 304–305).

Beratung elterlicher Trennung im Kontext familiengerichtlicher Auseinandersetzung

Die Grundlage für eine angeordnete Beratung durch die Beratungsstellen ist § 156 FamFG. Gemäß dessen hat das Familiengericht in Kindschaftssachen anzustreben, dass die Beteiligten eine Einigung erzielen, sofern dies dem Wohl des Kindes nicht entgegensteht. Zudem kann es anordnen, dass die Eltern einzeln oder gemeinsam an einem kostenfreien Informationsgespräch über Mediation oder andere Möglichkeiten der außergerichtlichen Konfliktbeilegung teilnehmen und eine entsprechende Bestätigung vorlegen (§ 156 Abs. 1 S. 3 FamFG). Das Bemühen um einvernehmliche Lösungen schließt auch ein, dass das Gericht auf die

Fälle werden häufig als hochstrittige Elternkonflikte klassifiziert (z.B. Weber, Alberstötter, Schilling 2012). In einer ersten umfassenden Evaluation des Gesetzes gaben Richterinnen und Richter an, durchschnittlich in vier von zehn Fällen von den Möglichkeiten der angeordneten Beratung Gebrauch zu machen (Ekert, Heiderhoff 2018).

Förderung von Qualität und fachlichen Standards

Um Trennungsberatungen für Eltern mit hochkonflikthaftem Verhalten effektiv zu gestalten, sind besondere fachliche Kompetenzen der beteiligten Akteurinnen und Akteure erforderlich (Dietrich et al. 2010). Konzepte der Beratung und der Mediation ergänzen sich dabei in der Praxis. Auch wenn der Familienbericht einräumt, dass es aufgrund der Unterschiedlichkeit der Fälle keine definierte Technik und kein feststehendes Beratungsverfahren geben kann, wie hoch eskalierte Konflikte sicher gelöst werden können, plädiert die Sachverständigenkommission auch hier für einen möglichst hohen Aus- und Weiterbildungsstandard. Erwähnt wird das strukturierte Elternprogramm »Kinder im Blick« (KiB) als eines der wenigen Angebote für diese Zielgruppe, dass wissenschaftlich untersucht und erfolgreich evaluiert wurde (Krey 2010). Die Sachverständigenkommission empfiehlt in der Arbeit mit hoch strittigen

Familienberatungsstellen bieten selten Fachwissen zu juristischen und ökonomischen Themen an.

Beratungsmöglichkeiten der Jugendhilfe gemäß den §§ 17, 18 und 28 SGB VIII hinweist. Letztlich kann diese Beratung zwar gerichtlich angeordnet werden, jedoch nicht mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden kann.

Seit der Einführung des FamFG im Jahr 2009 befasst sich die Erziehungs- und Familienberatung zunehmend mit Fällen, in denen eine familiengerichtlich angeordnete Beratung erfolgt. Diese

Eltern ein einheitliches, hohes Qualifikationsniveau der Fachkräfte einzuführen, welches beispielsweise über eine einschlägige zertifizierte Weiterbildung im Familien-Mediation nachgewiesen werden könnte (BMFSFJ 2025, S. 306).

Verpflichtung zur Vernetzung und Kooperation

Für eine erfolgreiche Trennungsberatung von hoch konflikthaften Eltern

sind neben fachlichen Kompetenzen konzeptionell verankerte Kooperationsvereinbarungen wichtig. In Anbetracht der komplexen Situationen, die elterliche Konflikte mit sich bringen können und sich beispielsweise beim Thema häusliche Gewalt in der Partnerschaft zuspitzen, erfordern angeordnete Beratungen und Mediationen in Beratungsstellen zugleich eine verlässliche Kooperation der Beteiligten. Es kann sinnvoll sein, interdisziplinäre Arbeitskreise zu bilden oder örtliche Kooperationsstrukturen aufzubauen. Dabei sollten die verschiedenen professionellen Akteuren und Akteure, die am familiengerichtlichen Verfahren beteiligt sind, einbezogen werden. Diese umfassen neben Jugendhilfe (inkl. Beratungsstellen) und Familiengerichtsbarkeit zumeist auch die Anwaltschaft. In Anlehnung an Leuchtturmprojekte, wie das Cochemer Modell (Rudolph 2019) entstanden an zahlreichen Familiengerichten in Deutschland Initiativen, die eigene Konzepte entwickelten, um Trennungs- und Scheidungskonflikte effektiver zu bearbeiten (Übersicht bei Nicodemus, Altmann, Juncke 2023). Dabei hat sich gezeigt, dass ein kooperatives Verhältnis, insbesondere zwischen Familiengericht und Jugendhilfe hilft, Kompetenzkonflikte fachlich zu klären. Angeordnete Beratung

kann davon erheblich profitieren. Die Sachverständigenkommission empfiehlt daher, dass Familiengerichte und Jugendhilfe gesetzlich verpflichtet werden, Kooperationsstrukturen

lität der Beratung zu verbessern, empfiehlt der Bericht die Implementierung einer Co-Beratung mit zwei Fachkräften und die gesetzliche Verpflichtung zur Vernetzung und Kooperation aller

Die Bekanntheit der Beratungsstellen soll gesteigert werden.

aufzubauen und zu pflegen, um ein tragfähiges Modell für den Umgang mit hochstrittigen Eltern zu schaffen. (BMFSFJ 2025, S. 307).

Fazit

Der Zehnte Familienbericht unterstreicht die Notwendigkeit höherer Qualifikationen und Standards in der Trennungs- und Scheidungsberatung, insbesondere bei hoch strittigen Fällen. Es wird betont, dass alle dort tätigen Fachkräfte einschlägige Schulungen in Beratungsmethoden sowie vertiefte rechtliche und meditative Kenntnisse benötigen. Zudem wird die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen sozialen Diensten und rechtlichen Institutionen als essenziell angesehen. Um die Qua-

beteiligten Akteure. Ein einheitliches Qualifikationsniveau, beispielsweise durch zertifizierte Weiterbildungen, und etablierte Kooperationsstrukturen soll sicherstellen, dass Eltern in konfliktreichen Trennungen bestmöglich unterstützt werden. Darüber hinaus wird betont, dass die Bekanntheit der Beratungsstellen gesteigert werden soll, um sicherzustellen, dass betroffene Eltern Zugang zu den notwendigen Unterstützungsangeboten haben.

Prof. Dr. Mathias Berg ist Professor für Theorien und Konzepte Sozialer Arbeit, Schwerpunkt Psychosoziale Beratung, an der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen. Er gehörte der Sachverständigenkommission zur Erstellung des Zehnten Familienberichts an.

Literatur

Arnold, J. (2017): Erziehungsberatung wirkt! - Ergebnisse der deutschlandweiten Wirkungsstudie »Wir. EB«. Informationen für Erziehungsberatungsstellen, H. 1 (17), S. 12 – 18.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2025): Zehnter Familienbericht Unterstützung allein- und getrennterziehender Eltern und ihrer Kinder – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen. Berlin. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/254524/8aa3c1aeea2f0076cd6fdo8f932b1c4b/zehnter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>

Dietrich, P. S., Fichtner, J., Halatcheva, M., Sander, E. (Hrsg.) (2010): Arbeit mit hochkonflikthaften Trennungs- und Scheidungsfamilien. Eine Handreichung für die Praxis. München, Rostock.

Ekert, S., Heiderhoff, B. (2018): Die Evaluierung der FGG-Reform: Abschlussbericht zum Forschungsvorhaben. Mönchengladbach. https://www.bmj.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Fachpublikationen/2018_Evaluierung_FGG-Reform.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Evcl, S., Paulus, M., Neuhoﬀ, C., Kindler, H., Scheiwe, K., Walper, S. (2022): Beratung im Elternkonflikt (BiK). Rechtsvorstellungen und Konstruktionen gemeinsamer Sorge in der Elternberatung.

Deutsches Jugendinstitut e.V. Hildesheim, München. https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/Beratung_im_Elternkonflikt/Veroeffentlichung_Abschlussbericht_BiK.pdf

Fendrich, S., Tabel, A., Erdmann, J., Frangen, V., Göbbels-Koch, P., Mühlmann, T. (Hrsg.) (2023): Monitor Hilfen zur Erziehung 2023. Dortmund.

Kindler, H., Eppinger, S. (2022): Beratung hilft! Ein Leitfaden für Fachkräfte, die Eltern zu Trennung und Scheidung beraten. München. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2022/DJI_2022_Eppinger_Kindler-Trennungsleitfaden.pdf

Krey, M. (2010): Der Elternkurs »Kinder im Blick« als Bewältigungshilfe für Familien in Trennung. Eine Evaluationsstudie. Berlin: Köster.

McIntosh, J. E., Wells, Y. D., Smyth, B. M., Long, C. M. (2008): Child-focused and child-inclusive divorce mediation: Comparative outcomes from a prospective study of postseparation adjustment. In: Family Court Review, 46. Jg., H. 1, S. 105 – 124.

Nicodemus, J., Altmann, N., Juncke, D. (2023): Studie zu Beratungsstrukturen und Beratungsbedarfe im Kontext von Trennung und Scheidung. Im Auftrag des Ministeriums für Familie, Seminaren, Frauen und Jugend. Düsseldorf. [\[gnos.com/sites/default/files/2024-03/Studie_Bedarfe_Strukturen_Trennungsberatung.pdf\]\(https://gnos.com/sites/default/files/2024-03/Studie_Bedarfe_Strukturen_Trennungsberatung.pdf\)](https://www.pro-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Rudolph, J. (2019): Zusammenwirken im Familienkonflikt: Die Cochemer Praxis. In: Sozialmagazin, 44. Jg., H. 5/6, S. 53 – 57.

Schulte, N., Schäfer, E. (2019): Soziale Arbeit mit Vätern in Trennungssituationen. Von der Nebenrolle zur zweiten Hauptrolle. In: Sozialmagazin, 44. Jg., H. 5, 6, S. 72 – 76.

Statistisches Bundesamt (2021c): Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige. Wiesbaden. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Jugendarbeit/Publikationen/Downloads-Jugendarbeit/erzieherische-hilfe-5225112217004.pdf?__blob=publicationFile

Weber, M., Alberstötter, U., Schilling, H. (Hrsg.) (2012): Beratung von Hochkonflikt-Familien. Im Kontext des FamFG. Weinheim, Basel.

Zimmermann, J., Reim, J., Kindler, H., Amberg, S., Walper, S., Lux, U. (2023): Belastungen von Kindern in Trennungsfamilien mit familiengerichtlichen Konflikten. In: Praxis der Rechtspsychologie, 33. Jg., H. 1, S. 79 – 96.

Inklusive Familien- und Erziehungsberatung wirksam gestalten

Rahmenbedingungen und Kompetenzen.
Von Christian Walter-Klose

Berater*innen, die mit Menschen mit Behinderung und ihren Familien arbeiten, sind davon überzeugt, dass ihr Angebot eine hilfreiche Unterstützung für das Familienleben im Kontext von Behinderung darstellt. Kassebrock (1998, 2000) betonte in diesem Sinne bereits zur Jahrtausendwende, dass sich die Erziehungsberatung aufgrund ihrer bestehenden Kompetenzen in besonderem Maße für die Beratung im Kontext von Behin-

derung eigne. In diesem Zusammenhang plädiert er dafür, dass sich die Erziehungsberatung »verstärkt als ein Baustein ambulanter Hilfen im Rahmen des Gesamtgefüges der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Behindertenhilfe definieren« müsse, »der seine volle Wirksamkeit nur im Zusammenwirken mit den verschiedensten Kooperationspartnern aus den Bereichen der medizinischen Versorgung, der Schule, des Ausbildungsbereichs und der Freizeitangebote entfalten« könne (Kassebrock, 2000, S. 90). Ähnliche Erfahrungen schildern auch im Kontext von Behinderung und Inklusion

Man muss beginnen und Erfahrungen sammeln.

erfahrene Berater*innen (Walter-Klose, 2017). Eine Berater*in antwortete in diesem Sinne auf die Frage, welchen Rat sie Kolleg*innen geben würde, die zukünftig inklusiv beraten möchten: »Eigentlich sollte man einfach anfangen. Wie es bei Inklusion immer der Fall ist, muss man beginnen und Erfahrungen sammeln. Man sollte mit der Beratung einer Familie mit einem behinderten Kind starten, denn mit jeder Familie lernt man dazu. Natürlich kann

man sich theoretisch fortbilden, Bücher lesen oder andere Einrichtungen besuchen, aber die direkte Erfahrung ist unerlässlich. Ich finde es wichtig, sich nicht abschrecken zu lassen oder zu denken: »Oh, das ist besonders schwierig oder ganz anders.« Das ist es nicht« (vgl. Walter-Klose et al., 2017, S. 4). Solche Erfahrungsberichte können dazu ermutigen, sich auf den Weg einer inklusiven Beratung zu begeben und sich für die Vielfalt der Menschen zu öffnen. Zudem können die Überlegungen erfahrener Beratungsstellenleitungen (Walter-Klose, 2017) sowie praxisbezogene Einblicke in die alltäg-

liche inklusive Beratungsarbeit (Walter, 2020) wertvolle Anhaltspunkte liefern, wie die veränderte Beratungsarbeit aussehen kann und welche Ressourcen zur Verfügung stehen oder nutzbar gemacht werden können. Vielleicht entsteht auch eine Ahnung, wie sich – durch Vernetzung und eine stärkere Bedarfsorientierung infolge einer inklusiven Ausrichtung – die Qualität der Beratung insgesamt verbessern kann (Walter-Klose, 2024a).

Das Bewusstsein der erforderlichen Veränderungsschritte macht aber auch offensichtlich, welche Ressourcen für die Umsetzung einer wirksamen Beratungsarbeit notwendig sind. Dies betrifft sowohl bauliche, räumliche und organisationale Adaptionserfordernisse – vor allem aber auch personelle. Der vorliegende Beitrag fokussiert diese Adaptionen und stellt aus einer wirksamkeitsbezogenen Betrachtung ihre beziehungsgestaltende Bedeutung heraus.

Wirksamkeit von Psychotherapie und Beratung

In den Beratungswissenschaften sind Forschungen zur Wirksamkeit der Beratung und des Beratungsprozesses insgesamt noch selten (Schubert, Rohr & Zwicker-Pelzer, 2019). Relativ vorangeschritten ist die Forschungslage allerdings im Feld der Familien- und

Erziehungsberatung. So stellen Arnold, Macsenaere und Hiller (2018) im Rahmen der Wir-EB-Studie fest: »Erziehungsberatung geht mit erheblichen Verbesserungen im familiären Zusammenleben der ratsuchenden Personen einher und trägt neben einer Förderung der Erziehungskompetenz insbesondere dazu bei, dass sowohl Eltern als auch junge Menschen besser mit belastenden Situationen umgehen können. Positive Wirkungen lassen sich zudem hinsichtlich der psychischen Gesundheit von Eltern und jungen Menschen feststellen. Zusammenfassend lässt sich daher konstatieren: Erziehungsberatung ist hochwirksam« (Arnold, Macsenaere & Hiller, 2018, 191).

Hinsichtlich des Beratungsprozesses selbst erweisen sich insbesondere die Zufriedenheit der Ratsuchenden sowie die Qualität der Beratungsbeziehung als zentrale Einflussfaktoren (Roesler, 2017; Berg, 2019; Kapella et al., 2022). Diese Erkenntnisse stimmen mit Befunden der Psychotherapieforschung überein, die – aufgrund der begrenzten Forschungslage im Kontext Beratung – häufig auf Beratungssituationen übertragen werden. Diese Übertragung ist insofern plausibel, als psychosoziale Beratung zur Problembewältigung Methoden der Psychotherapie nutzt. Dennoch bedarf es einer differenzierten Betrachtung, da die Behandlung einer psychischen Störung nicht uneingeschränkt mit der Lösung psychosozialer Probleme gleichgesetzt werden kann.

Im Bereich der Psychotherapieforschung wurde in den letzten Jahrzehnten herausgestellt, dass neben klient*innenbezogenen und verfahrensspezifischen Wirkfaktoren vor allem die therapeutische Beziehung positive Veränderungen bewirkt. Gmelch (2024, S. 23 ff.) identifiziert in diesem Zusammenhang beispielsweise die therapeutische Allianz, die gemeinsame Arbeit an geteilten Zielen (»Zielkonsens«, »Kollaboration«), Empathie, positive Wertschätzung und Bestätigung, Kongruenz sowie Echtheit als zentrale Wirkfaktoren, die in nationalen und internationalen Studien ermittelt werden konnten.

Im Rahmen der »Psychotherapiedebatte« präsentierte Wampold, Imel und Flückiger (2018) vielfältige Erkenntnisse zu Wirkfaktoren und Wirkmechanismen, die sie in einem empirisch

fundierten kontextualen Modell zusammenführten. In diesem Modell differenzieren die Autor*innen einerseits das Entstehen einer Arbeitsbeziehung im Rahmen der ersten Kontakte sowie drei Wege, die eine therapeutische Wirkung beeinflussen können.

Für das Entstehen der Arbeitsbeziehung und den Wunsch, sich auf den therapeutischen Entwicklungsprozess einzulassen, sind im kontextualen Modell Vertrauen, das Gefühl, verstanden zu werden, sowie die Einschätzung der Expertise des Gegenübers zentral. Kommt es im Rahmen dieser ersten Begegnungen zu einem Arbeitsbündnis, treten zudem unspezifische Beziehungsfaktoren in den Vordergrund, die

gemeinsam zur positiven Wirkung von Psychotherapie beitragen.

Psychotherapie ist in diesem Modell ein anspruchsvolles zwischenmenschliches Angebot, bei dem neben Methodenkompetenzen vor allem Beziehungsfaktoren und Erwartungen auf positive Wirkungen von zentraler Bedeutung sind.

Beratung im Kontext von Behinderung und Inklusion

Überträgt man die Befunde hilfreicher psychotherapeutischer Angebote auf die Beratung, lässt sich analog annehmen, dass das Entstehen einer Vertrauensbasis, das Gefühl, verstanden

Es sollte die Erwartung geweckt werden, dass der Prozess zu einer Linderung der Probleme führt.

Flückiger et al. (2024) in der Weiterentwicklung des Modells mit dem Akronym CARE (»caring, attentive, real and empathic«) benennen. Diese Faktoren entsprechen weitestgehend den allgemeinen Beziehungsfaktoren aus dem klientenzentrierten Ansatz nach Rogers, sodass eine Beziehung als unterstützend, aufmerksam begleitend, authentisch und empathisch erlebt werden kann.

Ein weiterer zentraler Wirkfaktor im Modell von Wampold und Kolleg*innen besteht in der Erzeugung einer positiven Erwartungshaltung hinsichtlich des Angebots und der Wirksamkeit der angewandten Maßnahmen und Methoden. Die hilfeschuchende Person hat die Überzeugung, dass die Psychotherapie das Potenzial hat, ihr Leiden bzw. ihre Lebenssituation zu verbessern.

Erst jetzt sehen die Autor*innen die Anwendung spezifischer Methoden und Interventionen als dritten Wirkmechanismus, der neben den beiden anderen unspezifischen Wirkfaktoren heilsame Änderungen bedingt, wobei die Wirkungswege innerhalb des therapeutischen Prozesses interagieren und

zu werden, und der Eindruck, dass die beratende Person über die notwendige Expertise im Hinblick auf die Problemlage und deren Bewältigung verfügt, den Weg zu einer gelungenen Beratung ebnen. Auch sollte der Beratungsprozess auf Grundlage einer als emotional unterstützend wahrgenommenen Beziehung – geprägt von Empathie, Wertschätzung und Echtheit – gestaltet werden, und es sollte bei der ratsuchenden Person die Erwartung geweckt werden, dass der Prozess zu einer Linderung der Probleme führt.

Für die Beratung im Kontext von Behinderung, die nach dem neunten Sozialgesetzbuch als längerdauernde Teilhabebeeinträchtigung aufgrund von einstellungs- und umweltbedingten Barrieren im Zusammenhang mit körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen definiert wird (SGB IX, § 2 Abs. 1), gelten diese Bedingungen ebenfalls – allerdings unter erschwerten Bedingungen.

Vorurteile, Unsicherheiten, Barrieren in der Kommunikation und fehlende Beziehungserfahrungen können mit höherer Wahrscheinlichkeit zu Bezie-

hungerschwernissen und fehlendem Verständnis (z. B. Cloerkes, 2007; Heidenblut & Walter-Klose, 2024) sowie zur Unsicherheit führen, ob das Gegenüber die Expertise und die passenden Methoden besitzt, um bei der Problembewältigung zu helfen.

Auch können falsche Vorstellungen über das Leben mit einer Beeinträchtigung bestehen, wie Hill (2019) aus seiner Erfahrung als Person mit Sehschädigung beschreibt, wenn bei der Konfrontation mit einer Beeinträchtigung oder Krankheit diese in den Vordergrund rückt und dazu führt, dass die Kompetenzen eines Menschen übersehen werden: »Die meisten sehenden Menschen stellen sich Blindsein so vor, als würden sie einfach die Augen schließen. Doch wenn Sehende die Augen schließen, stehen sie tatsächlich im Dunkeln. Sie können sich nicht mehr orientieren, finden sich nicht mehr zurecht. Im Raum umherzulaufen, ist plötzlich nicht mehr möglich. Sich im Dunkeln etwas zu essen zu machen oder gar zu kochen, scheint eine unüberwindliche Hürde zu sein. Dabei bedenken Sehende nicht, dass sie auf die Welt des Nicht-Sehens überhaupt nicht vorbereitet sind« (Hill, 2019, S. 136).

Der Versuch, wie in diesem Beispiel beschrieben, sich der Welt des Gegenübers anzunähern, schlägt fehl. Die Fokussierung auf die zugrunde liegende Beeinträchtigung, Krankheit oder Störung erschwert die Erkenntnis, dass das Leben zwar von der Beeinträchtigung geprägt ist, bei der ratsuchenden Person aber vor allem mithilfe der vorhandenen Kompetenzen und Ressourcen gelingt. Dies kann dazu führen, dass Mitleid – statt Empathie – entsteht und die Angst, dem Gegenüber nicht gerecht zu werden, zunimmt. In diesem Sinne ist es wichtig, sensibel und einfühlsam für die individuelle Realität des Gegenübers zu sein und eigene Bewertungen sowie Normalitätsvorstellungen zu hinterfragen.

Im Kontext hörgeschädigter Menschen wird von der Deaf Community klar herausgestellt, dass das Leben als tauber Mensch Sensibilität für die spezifische Sozialisation und damit auch für die Kultur verlangt. So betont Neef im Rahmen der Psychotherapie für hörgeschädigte Menschen: »Psychisch kranke Hörbehinderte können

nicht einfach zu hörenden Psychotherapeuten im allgemeinen Versorgungssystem gehen. Zwar kann ein Hörbehinderter im Bedarfsfall bei einem Psychotherapeuten ohne Sonderqualifikation – unter Hinzuziehung eines fremden Gebärdendolmetschers – eine Therapie durchführen. Doch Therapeuten, die nicht auf Gehörlose spezialisiert sind, fehlt die Erfahrung mit dem Sozialisationshintergrund hörgeschädigter Menschen, der Gehörlosenkultur und deren ganz eigener Erlebniswelt« (Neef, 2019, S. 124).

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass es notwendig ist, sich empathisch darum zu bemühen, den »inneren Bezugsrahmen« (Rogers, 2002) einer Person zu erfassen – das heißt, vorurteilsfrei zu verstehen, wie die Ratsuchende Person mit Behinderung ihre Welt erlebt. Das Vorliegen einer Beeinträchtigung, Störung oder Erkrankung beeinflusst im Kontext Behinderung die Lebensbedingungen, vor allem auch durch Erschwernisse aufgrund fehlender Adaptionen, falscher Vorannahmen oder vorschneller Urteile.

Fokussiert man den zweiten zentralen Wirkmechanismus für positive Veränderungen im Modell von Wampold, betrifft dieser die Erwartung, dass das Gegenüber die Kompetenz besitzt, mit seinen Methoden zu einer Verbesserung der Problemsituation (und der Lebenssituation) beizutragen. Das erfordert ebenfalls Sensibilität für die Lebensrealität des Gegenübers, die Bereitschaft, das Gegenüber als Expert*in für ihr Leben wahr- und ernstzunehmen, sowie Vorwissen über das Leben im Kontext Behinderung. Auch sollte eine Beratungsperson Ideen besitzen, wie sie ihre Methoden an die Kompetenzen des Gegenübers – etwa durch Konkretisierung oder Elementarisierung (z. B. das Zerlegen komplexer Verfahren in einzelne Teilschritte) – anpassen kann. Insgesamt besteht in diesem Feld viel heil- und sonderpädagogisches Praxiswissen, sodass die Vernetzung mit Expertinnen im Kontext Behinderung und Inklusion sowie der Austausch mit anderen inklusiv Arbeitenden zu empfehlen ist. Seitens der Beratungsforschung ist hier noch viel Arbeit notwendig, um die zunächst praktisch und theoretisch abgeleiteten Adaptionen wissenschaftlich zu fundieren.

Inklusive Familien- und Erziehungsberatung

Überträgt man diese Überlegungen zu einer wirksamen Beratung auf die Familien- und Erziehungsberatung, wird offensichtlich, dass der Weg zur Inklusion – neben einem besonderen Fokus auf die Beziehungsgestaltung, der Sensibilität für die Lebenssituation der Ratsuchenden und der Anpassung der Beratungsbedingungen – vor allem die Kompetenzentwicklung der Berater*innen betrifft. Dabei stellt die Beratung von Eltern von Kindern mit Behinderung oder von Geschwisterkindern zunächst einen vereinfachten Zugang zum Feld der inklusiven Beratung dar und wird in der Praxis bereits seit Jahren vermehrt praktiziert (Walter-Klose, 2017). Sie ermöglicht erste Kompetenzentwicklungen und bereitet Wissen für eine hilfreiche Gestaltung von Rahmenbedingungen für inklusive Beratung vor. Diese sind im nächsten Schritt – der gleichwertigen Beratung von Angehörigen mit Beeinträchtigung – unerlässlich.

Betrachtet man zunächst die Rahmenbedingungen für eine inklusive Beratung (vgl. Walter-Klose, 2024b), so ermöglichen vor allem Anpassungen in Architektur und Ausstattung, dass die Beratungsstelle und das konkrete Beratungsangebot zugänglich sind und gegebenenfalls erforderliche Sachmittel (z. B. Spiel- und Therapiematerial) zur Verfügung stehen. Diese physikalischen Merkmale ermöglichen ein gleichwertiges Beratungsangebot und kommunizieren gleichzeitig auf Beziehungs- und Expertiseebene eine Einladung für Familien mit Angehörigen mit Behinderung.

Als wichtige Rahmenbedingungen rücken weiterhin organisationale Strukturen in den Fokus, die – neben der Schaffung einer Willkommenskultur durch direkte Ansprache auf der Website und an der Beschilderung (Walter, 2020) – auch Vernetzung, Partizipation und Kooperation betreffen. Diese Kooperation ermöglicht – wie Neumann für den schulischen Kontext herausstellt – die Vielfalt der erforderlichen Ressourcen und Kompetenzen zu erhöhen (Neumann, 2019, S. 76) und gleichzeitig die Weiterentwicklung der Beratungsarbeit voranzutreiben.

Ein letzter Bereich betrifft das Personalmanagement (vgl. Tabelle, S. 28),

das einerseits auf organisationaler Ebene Wissen, Erfahrungen und die Grundlagen für Adaptionen- und Flexibilisierungsmaßnahmen bietet. Auf Ebene der Beratenden, die in der (selbst-) wirksamen Beratungsarbeit tätig sein wollen, betrifft dies neben der Bereitschaft zur Kooperation und Vernetzung vor allem die Kompetenzentwicklung, die im Folgenden herausgestellt wird.

Kompetenzen für inklusive Beratung

Nach den Kompetenzmodellen für Qualifikation und Weiterbildung lassen sich Entwicklungsbereiche von Fachkräften benennen, die sowohl Selbstkompetenzen als auch Fachwissen, Methodenkompetenzen, Interaktions- und Kommunikationsfähigkeiten sowie Organisations- und Systemkompetenzen umfassen.

Selbstkompetenz und Reflexion

Im Zentrum der Kompetenzentwicklung für Inklusion steht die Selbstkompetenz, insbesondere die Bereitschaft, sich der eigenen Unerfahrenheit bewusst zu werden und persönliche Erfahrungen sowie Vorannahmen zu hinterfragen. Dies betrifft auch die eigene Vorstellung von Normalität und das Wissen, dass die Lebensrealität des Gegenübers (z. B. das Nichtsehen) dessen Normalität darstellt. Dies fordert Sensibilität für ungewöhnliche Lebenssituationen und Neugier auf die vielfältigen Lebensrealitäten der Menschen. Inklusion erfordert die Fähigkeit zur kontinuierlichen Selbstreflexion im Hinblick auf Vorurteile, Expertise sowie das eigene Verhalten und Erleben in der Beziehung zu Menschen mit Behinderung.

Fachkompetenz

Zur Fachkompetenz gehören grundlegende Kenntnisse über Krankheiten, Beeinträchtigungen, Behinderungen und Inklusionskonzepte sowie ein Verständnis der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Organisation von Unterstützungsangeboten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und familiärer Unterstützung. Nur so lassen sich institutionelle Strukturen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen verstehen, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderung entweder fördern oder behindern. Ebenso ermöglicht dieses

| | Ebene der Beratungsstelle (institutionelle Ebene) | Ebene der Beratungssituation (Angebotsebene) |
|--------------------------------------|--|---|
| Aufbau- und Ablauforganisation | <ul style="list-style-type: none"> Das Streben nach Inklusion und Barrierefreiheit als institutionelles Leitprinzip verankern. Willkommenskultur für Vielfalt durch Gestaltung von Barrierearmut und Flexibilisierung aufbauen. Adaptionsbedarfe bei der Anmeldung erfragen. Feedbackschleifen zur Adaptionsqualität und für Verbesserungen aufbauen. Sich mit Expert*innen in eigener Sache (z. B. Selbsthilfe) sowie Fachexpert*innen/Einrichtungen vernetzen und kooperieren. Strukturen und Prozesse schaffen und mit Ressourcen hinterlegen, mit denen das Angebot flexibel angepasst werden kann. Stets mehrere Informations- und Kommunikationswege anbieten (leichte Sprache, Anrufen). | <ul style="list-style-type: none"> Besondere Bedarfe für eine gelingende Beratung erfragen und das Angebot danach ausrichten (Uhrzeit, Länge, Assistenzbedarf, evtl. digitale Beratung oder Beratung vor Ort). Offenheit und Neugier für die (häufig besondere) Lebenssituation der Familien. Adaptionen der Beratungsmethode gemäß den Kompetenzen und Erfahrungen des Gegenübers (Konkretisierung und Visualisierung von Zusammenhängen). Einbezug heil- und sonderpädagogischer/inklusionsorientierter Verfahren. Adaptionsqualität und Verbesserungen nach dem Angebot erfragen. |
| Architektur, Infrastruktur & Technik | <ul style="list-style-type: none"> Barrierearme Architektur und Raumgestaltung. Ausstattung von Empfang, Wartezimmer und Toilettenbereich für alle nutzbar. Materiale und Sachmittel für Menschen mit unterschiedlichen Kompetenzen und zur Förderung von Inklusion (Spielmaterial, Bücher, Diagnostische Verfahren). Methoden zur Konkretisierung (Video, Flipcharts zum Malen). | <ul style="list-style-type: none"> Zugang und Erreichbarkeit des Beratungsraums für alle Nutzer*innen ermöglichen. Inklusive Medien und Materialien für die Beratung (Spielfiguren und Bücher für unterschiedliche Kompetenzen). Methoden der Visualisierung und Konkretisierung abstrakter Zusammenhänge. |
| Personalmanagement | <ul style="list-style-type: none"> Qualifikation und Fortbildung im Bereich Inklusionsorientierter Beratung. Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Reflexion vorhandener Erfahrungen und Qualifikation im Kontext Behinderung und Inklusion. Flexible Arbeitsbedingungen, die Flexibilisierungsanforderungen der Ratsuchenden ermöglichen. | <ul style="list-style-type: none"> Qualifikation und Kompetenzen im Bereich: <ul style="list-style-type: none"> Selbstkompetenz Fachkompetenz Methodenkompetenz Interaktions- und Kommunikationskompetenz Organisations- und Systemkompetenz. Kooperations- und Vernetzungsstrukturen für Beratungsanliegen. |

Wissen eine sinnvolle Vernetzung mit externen Unterstützungssystemen – sowohl für Ratsuchende als auch für Beratende. Denn die Frage, wie sich eine Behinderung auf das Leben der Familie auswirkt, ist aufgrund der Heterogenität der Beeinträchtigungen stets im Einzelfall zu klären.

Methodenkompetenz

Die Beratungsmethodik umfasst einerseits grundlegende Werte und Leitprinzipien sowie spezifische Verfahren und Vorgehensweisen. Mit Blick auf Ersteres lassen sich vor allem die Adaptionsorientierung und die Kompetenzorientierung als wichtige Methoden herausstellen.

len; ebenso ist die Perspektive zentral, dass die Teilhabe (und ihre Einschränkungen) im Kontext von Behinderung stets eine Rolle spielt. Des Weiteren umfasst dieser Kompetenzbereich die Fähigkeit, Beratungsansätze und -techniken zielgruppenspezifisch und inklusionsorientiert anzupassen. Zentral ist dabei das Verständnis, dass Methoden an den vorhandenen Kompetenzen der Ratsuchenden ausgerichtet werden sollten. Darüber hinaus müssen Unterstützungs-, Rehabilitations- und Kompensationsstrategien mitgedacht werden. Ob durch die Visualisierung von Inhalten oder den systematischen Einsatz von Evaluations- und Feedbackschleifen – die Fähigkeit, den Abstraktionsgrad bedarfsgerecht anzupassen, ist essenziell für die Wirksamkeit inklusiver Maßnahmen. Ebenso wichtig ist es, durch gezielte Kooperation und Partizipation neue Lösungsansätze zu entwickeln, die den individuellen und kollektiven Bedarfen der Ratsuchenden gerecht werden.

Interaktions- und Kommunikationskompetenz

Deutlich wurde bisher, dass die Interaktions- und Kommunikationskompetenz im Kontext von Behinderung wesentlich ist. Ziel ist es, dem Gegenüber stets auf Augenhöhe zu begegnen und Respekt sowie Empathie entgegenzubringen. Die beschrie-

bene Kompetenzorientierung und eine Sensibilität für Barrieren beeinflussen die Beziehungsgestaltung ebenso wie die Sprachverwendung. Sprache sollte reflektiert eingesetzt werden, insbesondere wenn sich in ihr Normerwartungen oder diskriminierende Formulierungen manifestieren – etwa: »Das ist aber toll, dass Sie das trotz Ihrer Behinderung schaffen.«

Organisations- und Systemkompetenz

Abschließend ist die Organisations- und Systemkompetenz hervorzuheben, die den Blick auf systemische Rahmenbedingungen lenkt. Inklusion wird nicht allein durch individuelle Beratungshandlungen erreicht, sondern setzt voraus, dass institutionelle und gesellschaftliche Strukturen als Teil des Beratungskonzepts verstanden und mitgedacht werden. Wenn externe Barrieren ein Teil des Phänomens »Behinderung« sind, ergibt sich daraus häufig die Notwendigkeit, die Umwelt anzupassen. Die systemische Perspektive ist aus einem weiteren Grund wichtig: Die vielfältigen – oft dauerhaften – Belastungen durch Umweltbarrieren erfordern in besonderem Maße Unterstützungssysteme. So ist beispielsweise bei vielen Jugendlichen mit Behinderung die Unterstützung durch Angehörige unerlässlich. Dies kann dazu führen, dass Ablösungsprozesse – entgegen gängigen Normvorstellungen

– im Kontext von Behinderung anders verlaufen. Hier spielen wiederum die eingangs genannten Fähigkeiten zur Selbstreflexion und Sensibilität für die Lebensrealität der Familie eine entscheidende Rolle.

Fazit

Barrieren in unseren Köpfen sowie der Fokus auf Beeinträchtigung, Krankheit oder Defizite führen oft dazu, dass die Arbeit im Kontext von Behinderung und Inklusion als besonders herausfordernd wahrgenommen wird – selbst in Situationen, in denen dieser Aspekt für eine wirksame Beratung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Entscheidend ist es, mutig den ersten Schritt in die Begegnung zu machen, die Hand auszustrecken und sich auf neue Erfahrungen einzulassen. Durch persönliche Kontakte, die Zusammenarbeit mit Menschen mit Behinderungen sowie Fachexpert*innen aus der Heil- und Sonderpädagogik und nicht zuletzt durch kontinuierliche Fort- und Weiterbildung entsteht die Grundlage für eine erfolgreiche inklusive Beratungsarbeit.

Prof. Dr. Christian Walter-Klose, Diplom-Psychologe, leitet den Lehrstuhl und Arbeitsbereich für Beratung in sonderpädagogischen und inklusiven Arbeitsfeldern an der Universität zu Köln.

Literatur

- Arnold, J., Macsenaere, M., & Hiller, S. (2018): Wirksamkeit der Erziehungsberatung: Ergebnisse der bundesweiten Studie Wir.EB. Lambertus-Verlag.
- Berg, M. (2019): Die Wirksamkeit systemischer Beratung. V&R unipress.
- Flückiger, C., Willutzki, U., grosse Holtforth, M., & Wampold, B. E. (2024): Psychotherapie wirkt – Zugewandter Blick in die Zukunft einer modernen, kollaborativen Behandlung. *Psychotherapie*, 69(4), S. 33 – 39.
- Gmelch, M. (2024): Psychotherapie von Anfang bis Ende: Schritt für Schritt durch den therapeutischen Prozess. Springer.
- Heidenblut, S., & Walter-Klose, C. (2024): Inklusive Familien- und Erziehungsberatung aus der Perspektive der Wirksamkeitsforschung. *Unsere Jugend*, 76(11/12), S. 461 – 470.
- Hill, T. (2019): Der Vorteil im Nachteil oder Über die Notwendigkeit, nicht hinschauen zu können – Hypnotherapeutisch fundierte Psychotherapie bei blinden und sehbehinderten Patienten. In W. Dormann, T. Möslers, A. Rose, S. Poppek, & J. Kempe (Hrsg.), *Psychotherapie von und für Menschen mit Behinderungen* (S. 135 – 150). Psychotherapie-Verlag.
- Kapella, O., Rille-Pfeiffer, C., Lorenz, T., Geserick, C., & Buchebner-Ferstl, S. (2022): Studie zur geförderten Familienberatung in Österreich: Klient*innen-Berater*innen-Beziehung und subjektiv wahrgenommene Wirkung aus der Perspektive von Klient*innen und Berater*innen. Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität.
- Kassebrock, F. (1998): Erziehungsberatung bei Familien mit einem behinderten Kind. In W. Körner & G. Hörmann (Hrsg.), *Handbuch der Erziehungsberatung* (Band 1, S. 181 – 196). Hogrefe.
- Kassebrock, F. (2000): Behinderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Erziehungsberatung. In W. Körner & G. Hörmann (Hrsg.), *Handbuch der Erziehungsberatung* (Band 2, S. 77 – 90): Hogrefe.
- Neef, S. (2019): Verhaltenstherapeutisch fundierte Psychotherapie für Menschen mit Hörbehinderung. In W. Dormann, T. Möslers, A. Rose, S. Poppek, & J. Kempe (Hrsg.), *Psychotherapie von und für Menschen mit Behinderungen* (S. 119 – 130). Psychotherapie-Verlag.
- Neumann, P. (2019): Kooperation selbst bestimmt? Interdisziplinäre Kooperation und Zielkonflikte in inklusiven Grundschulen und Förderschulen. Waxmann.
- Roesler, C. (2017): Hohe Klientenzufriedenheit bei begrenzter Problemreduktion: Ein Überblick über die Wirkungsforschung zur Erziehungsberatung und eine empirische Untersuchung des »Diskrepanzphänomens«. *Familiendynamik*, 42(3), S. 220 – 231.
- Rogers, C. R. (2002): Eine Theorie der Psychotherapie, der Persönlichkeit und der zwischenmenschlichen Beziehungen. GWG.
- Schubert, F.-C., Rohr, D., & Zwicker-Pelzer, R. (2019): Beratung: Grundlagen, Konzepte, Anwendungsfelder. Springer.
- Walter, A. (2020): Inklusive Erziehungs- und Familienberatung: Familien mit Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Walter-Klose, C. (2017): Inklusion in der Erziehungsberatung? Aktuelle Situation und Perspektiven des Beratungsangebotes für Familien mit einem Kind mit Behinderung. *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete*, 2, S. 127 – 144.
- Walter-Klose, C. (2024a): Von Barrieren zu Chancen: Inklusion in der Familien- und Erziehungsberatung. *Fokus Beratung*, 43, S. 59 – 66.
- Walter-Klose, C. (2024b): Beratung im Kontext Inklusion und Behinderung. *Jugendhilfe*, 62(2), S. 105 – 111.
- Walter-Klose, C., Hawlik, F., Thum, F., Loose, J., & Walter, A. (2017): Erfahrungen in der Beratung von Familien mit einem Kind mit Behinderung. *Erziehungsberatung aktuell*, 1, S. 2 – 9.
- Wampold, B. E., Imel, Z. E., & Flückiger, C. (2018): Die Psychotherapiedebatte – Was Psychotherapie wirksam macht. Hogrefe.

Buntes Programm

bke in Hamburg zu Gast

Nach Bremen geht es mit der Wissenschaftlichen Jahrestagung noch einmal in den Norden: Dieses Jahr lädt die bke zusammen mit der Landesarbeitsgemeinschaft Erziehungsberatung und der Fakultät für Erziehungswissenschaft der dortigen Universität nach Hamburg ein. Mit *Geschlechter Identitäten Familienvielfalt* ist ein außergewöhnlich buntes Tagungsprogramm überschrieben, das

vom 10. bis zum 12. September über die Bühne geht. Bereits am Vortag, am Dienstag dem 9. September, beginnt das kulturell-touristische Rahmenprogramm mit einer Tour durch das queere St. Pauli, einer Führung im Millerntorstadion und einer eher traditionellen Hamburg-Besichtigung. Derart vorbereitet erwartet die Tagungsteilnehmer*innen das fachliche Programm mit Vorträgen und Work-

shops zu einer breiten Palette von Themen, das im Vorwort des Programmhefts von LAG und bke wie folgt eingeführt wird:

Der gesellschaftliche Diskurs um Geschlecht, sexuelle Orientierung und familiäre Lebensformen hat sich in den letzten Jahren signifikant verändert. Dies zeigt sich auch in den Familien- und Erziehungsberatungsstellen, die zunehmend Anfragen von Ratsuchenden bekommen, bei denen sich die Vielfalt von Lebensrealitäten widerspiegelt. Neben Eltern mit heterosexueller Orientierung suchen lesbische, schwule, bisexuelle Eltern, sowie Familien mit trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Angehörigen Unterstützung. Und auch Kinder und Jugendliche, die sich in der Auseinandersetzung mit ihrer Geschlechtsidentität befinden, kommen in die Beratungsstellen. Diese Entwicklungen stellen die Fachkräfte vor die Aufgabe, eine differenzierte, fachlich fundierte und diskriminierungssensible Begleitung anzubieten und eine entsprechende Haltung zu entwickeln.

Identität als zentraler Aspekt der menschlichen Existenz

Identitätsentwicklung ist eng mit Geschlecht und Sexualität verbunden. In der Kindheit und Adoleszenz bilden sich u. a. Identität, Selbstwertgefühl, Individualität und Autonomie aus. Das soziale Umfeld und dessen Wertesystem ist bedeutsam, soziale Medien, in denen Bilder von Sexualität, Geschlechtlichkeit und Gender kreiert und verbreitet werden, spielen eine große Rolle. Kinder und Jugendliche haben also wichtige Entwicklungsaufgaben zu bewältigen, bei denen sie sich häufig Hilfe von pädagogischen oder therapeutischen Fachkräften wünschen und benötigen.



FOTO: RENATE IMELMANN

Hafenstadt Hamburg

| Mittwoch, 10. September 2025 | | Donnerstag, 11. September 2025 | | Freitag, 12. September 2025 | |
|------------------------------|--|--------------------------------|--|-----------------------------|--|
| 9.15 | Eröffnung | 9.15 | Mari Günther Familie neu denken Begleitung von gender-kreativen und trans* Kindern und Jugendlichen und Eltern in der Erziehungs- und Familienberatungsstelle | 9.15 | Prof. Dr. Sonja Bröning Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung Perspektiven aus der Entwicklungspsychologie |
| 10.30 | Karina Kehlet Lins Gender!? Geschlechtervielfalt, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierungen – wo stehen wir heute? | | | 10.45 | Didine van der Platenvlotbrug Die queere Lust am Leben Empowerment pur |
| 12.00 | Thomas Kugler Gen Z – somewhere over the rainbow? Einblicke in Lebenswelten queerer Kinder und Jugendlicher | 10.45 | Dr. Dagmar Pauli Geschlecht und Identität bei Jugendlichen Implikationen für die Beratung | | |
| 13.00 | Mittagspause | 12.00 | Mittagspause | 12.00 | Ende der Tagung |
| 15.00 bis 18.00 | Arbeitsgruppen | 14.00 bis 17.00 | Arbeitsgruppen | | |

Familie im Wandel

Die Konzepte von Familie, Geschlechtsidentitäten und Geschlechterrollen entwickeln sich gesellschaftlich stetig weiter. Die Auseinandersetzung und die damit zum Teil einhergehende Neuorientierung haben Auswirkungen auf Kinder, Jugendliche und Familien. Sie sehen sich geschlechtsspezifischen Erwartungen und Rollenbildern gegenüber, die sowohl Vielfalt ermöglichen und eine Bereicherung darstellen, ebenso aber auch überfordern können.

Viele Jugendliche, die sich als queer identifizieren und outen, erleben eine akzeptierende Haltung in ihrem Umfeld. Mit Geschlechtervielfalt, Namens- und Geschlechtsveränderung, sowie gendergerechter Sprache tun sich Jugendliche oft leicht. Andere als queer geoutete Jugendliche müssen in ihren Familien und im sozialen Umfeld aber auch noch Abwertung, sozialen Ausschluss und zum Teil Gewalt erleben. Manche Eltern begleiten und unterstützen die Entwicklung ihrer Kinder angemessen. Es gibt auch Sorgen, Abwehr und Unsicherheit. Kinder, Jugendliche und Eltern brauchen daher Orte, an denen sie über Gefühle sprechen und ihre Fragen stellen können.

Aufgaben der Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen

Forschungsergebnisse zeigen, dass es weiterhin einen Mangel an gesellschaftlicher Aufklärung zu den Themen Geschlechtervielfalt und sexueller Orientierung gibt. Somit sind Kinder, Jugendliche und Familien in sozialen Hilfesystemen immer wieder mit Unwissenheit konfrontiert. Die Aufgabe von Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen ist es unter anderem, Bedarfe zu erkennen und Entwicklungsprozesse zu begleiten.

Lesbische, schwule, bisexuelle und intersexuelle Jugendliche sind zunächst und in erster Linie junge Menschen mit alterstypischen Lebensstilen, Wünschen und Zielen. Sie brauchen Menschen, die sie in entwicklungstypischen Fragen unterstützen können, die etwas über queeres Leben wissen und die an ihrer Seite sind, wenn sie sich alleine fühlen.

Die Kinder- und Jugendhilfe steht vor der Herausforderung, sichere Bedingungen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen, sie vor Ausgrenzungen, Gefahren und Gewalt zu schützen sowie sie in ihrer Entwicklung hin zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen.

Diese Aufgaben sind explizit seit 2021 in § 9 SGB VIII für Mädchen und Jungen in unterschiedlichen Lebenslagen, sowie transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen benannt.

Die Tagung

Vor diesem Hintergrund bietet die Tagung die Möglichkeit, sich einen Überblick über die Vielfalt der Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, sexuellen Orientierungen und Grundlagen der kindlichen psychosexuellen Entwicklung zu verschaffen und für daraus entstehende Themen zu sensibilisieren. In Vorträgen und praxisnahen Workshops wird es auch darum gehen, sich mit der eigenen (professionellen) Haltung zu beschäftigen, um im Beratungskontext einen guten Rahmen für eine wertschätzende Begleitung zu ermöglichen.

Unabhängig von der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung bleiben die Fragen und Probleme im Aufwachen von Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Eltern und anderen Personensorgeberechtigten. Die Tagung setzt ein Zeichen für Vielfalt, Inklusion und Akzeptanz.

Befragung der Nutzer*innen von Erziehungsberatungsstellen im Land Bremen anlässlich der bke-Jahrestagung 2024

Von Mika Spierling

Im Rahmen der bke-Jahrestagung in Bremen unter dem Motto *Ohnmacht? Ermutigung!* gaben Studierende der Hochschule Bremen den Fachkräften und Gästen einen Einblick in die Erlebnisse und Wahrnehmungen der Nutzer*innen von Erziehungsberatungsstellen. Mit dem Ziel, den Stimmen der Ratsuchenden Gehör zu verschaffen, wurde im Sommer 2024 eine kurze schriftliche Befragung zu den Themen Ohnmacht und Ermutigung durchgeführt – deren Ergebnisse auf der Tagung präsentiert und nun in diesem Beitrag dargestellt werden.

Im Zuge eines Studienmoduls der Sozialen Arbeit im sechsten Semester der Hochschule Bremen (HSB) haben sieben Studierende unter Anleitung von Prof. Dr. Antje Krüger und Prof. Dr. Sabine Wagenblass einen Fragebogen erstellt und die Stimmen der Nutzer*innen aus den Erziehungsberatungsstellen des Landes Bremen gesammelt sowie ausgewertet. In den Fluren der Beratungsstellen informierten Plakate über die Bedeutung des Themas und den Anlass der Befragung. Vor und nach den Beratungen hatten die Klient*innen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Gedanken auf den Fragebögen mitzuteilen. Eine fünfte Seite war für Zeichnungen oder sonstige Anmerkungen offengehalten worden. Auf diesem Wege erreichten uns einige eindrucksvolle Zeichnungen, die zwar auf der Tagung präsentiert wurden, jedoch aus urheberrechtlichen Gründen in diesem Beitrag nicht abgebildet werden können.

Zum Abbau von Barrieren wurde unter anderem für Kinder eine Version des Fragebogens in leichter Sprache



Abb. 1: In welchen Situationen haben Sie sich ohnmächtig gefühlt?



Abb. 2: Was hat Ihnen in diesen Situationen geholfen?



Abb. 3: Inwiefern hat Ihnen die Erziehungsberatungsstelle geholfen?



Abb. 4: Was könnte sich ändern, um die Unterstützung noch zu verbessern?

bereitgestellt und die Möglichkeit geboten, die Antworten mithilfe eines Diktiergerätes aufzuzeichnen. Die ausgefüllten Fragebögen wurden anonym in den Beratungsstellen aufgestellten Boxen gesammelt. Insgesamt haben 80 Personen während der dreimonatigen Befragung geantwortet. Der Fragebogen enthielt folgende Fragen:

- In welchen Situationen haben sie sich ohnmächtig gefühlt?
- Was hat Ihnen in diesen Situationen geholfen?
- Inwiefern hat den Ihnen die Erziehungsberatungsstelle geholfen?
- Was könnte sich ändern, um die Unterstützung noch zu verbessern?

Erlebte Ohnmacht und Wege der Ermutigung

Aus den zahlreichen Rückmeldungen kristallisierten sich die im Folgenden dargestellten zentralen Themen heraus. Bei der Frage nach den Situationen, in denen sich Klient*innen ohnmächtig fühlten, dominierten Begriffe wie Gewalt, Stress und Sorgen um die Kinder. Auch die Phase der Pubertät wurde häufig als belastend empfunden – sowohl von Seiten der Eltern als auch der Jugendlichen.

In welchen Situationen haben sie sich ohnmächtig gefühlt?

Vater, 41: »Man hat selbst zeitlichen Druck und Stress, der dazu führt, dass alle funktionieren‘ müssen – und dann verfällt ein Kind in eine emotionale Starre.«

Kind, 14: »Ich habe eigentlich nur Angst, wenn ich mich hilflos fühl.«

Sohn, 21: »Wenn man keinen zum sprechen hat. Oder man Probleme hatte mit Familie/Freunden.«

Mutter, 37: »Stressige Situationen mit den Kindern, in denen ich nicht mehr fair, rücksichtsvoll und erwachsen handeln kann.«

Gleichzeitig wurden aber auch Wege der Ermutigung aufgezeigt. Als Hilfestellungen nannten die Klient*innen beispielsweise den Austausch mit anderen »in ähnlichen Situationen« und das Erleben, mit einem Problem nicht alleine zu sein oder Self-Care-Maßnahmen.

Was hat ihnen in diesen Situationen geholfen?

Mutter, 47: »Mich aus der Situation zu entfernen und diese mehr von außen/unabhängig von meiner subjektiven Ohnmachts-Wahrnehmung zu betrachten.«

Mutter, 45: »Menschen, die mir mit Offenheit und Verständnis begegnet sind, ausreichend Zeit und ein geringes Tempo.«

Vater, 56: »Der Austausch mit anderen Vätern und Müttern in ähnlichen Situationen hat mir sehr geholfen.«

Auf die Frage »Inwiefern hat ihnen die Erziehungsberatungsstelle geholfen?« wurden unter anderem Perspektivwechsel und Aufklärung häufig genannt.

Inwiefern hat ihnen die Erziehungsberatungsstelle geholfen?

Vater, 37: »Den »Rucksack« des Kindes zu sehen, welchen er zu tragen hat.«

Kind, 17: »Die Sichtweise auf bestimmte Situationen verändern. In Situationen die schwierig sind anders zu reagieren und bewusste Reflexion.«

Mutter, 36: »Es tut gut, meinen Gefühlen einen sicheren Raum geben zu können, gesehen, gehört und verstanden zu werden.«

Die Ergebnisse zeigen, dass ein wertfreier Raum und professionelle Unterstützung maßgeblich zur Ermutigung beitragen können. Die regelmäßigen Besprechungen mit Berater*innen wurden von den Klient*innen dabei als besonders entlastend empfunden.

Wünsche für eine verbesserte Beratungsarbeit

Die Befragung machte darüber hinaus deutlich, wo Handlungsbedarf besteht. Viele Klient*innen äußerten auf die Frage »Was könnte sich ändern, um die Unterstützung noch zu verbessern?« den Wunsch nach einem verbesserten Personalschlüssel, kürzeren Wartezeiten und längeren Begleitungszeiten. Auch der Bedarf nach einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit und Entstigmatisierung wurden mehrfach betont. Darüber hinaus gab es Ideen und konkrete Vorschläge wie Verbesserungen erreicht werden könnten. Antworten zu der Frage lauten:

Was könnte sich ändern, um die Unterstützung noch zu verbessern?

Mutter, 39: »Mehr Personal, nicht so lange Wartezeiten bis man einen ersten Termin bekommt, wir haben sechs Monate gewartet.«

Kind, 11: »Bunte Tapeten mit Mustern, eine weniger minimalistische Einrichtung.«

Mutter, 38: »In der Öffentlichkeit zeigen, dass man nicht in einer dramatischen Situation stehen muss, um sich beraten zu lassen.«

Vater, 37: »Als ich das erste Mal anrufen hatte, wusste ich wirklich nicht weiter. In dieser Situation hätte ich es gut gefunden, wenn ich kurzfristig Hilfe bekommen hätte und nicht erst nach drei Monaten.«

Mutter, 50: »Stände auf Schulfesten, Stadtteilstesten mit aktiven Eltern, die von den Beratungsstellen profitiert haben.«

Vater, 41: »Es sollte mehr Werbung für die Unterstützungsangebote gemacht werden. Es muss gesellschaftlich anerkannt werden und darf kein Stigma sein.«

Mutter, 51: »Mehr Transport nach draußen, damit man sich nicht schämt, wenn man sich an eine Erziehungsberatungsstelle wendet – man ist keine schlechte Mama, wenn man sich hilflos und unter Druck fühlt.«

Zur grafischen Darstellung der quantitativen Analyse wurden aus den Antworten thematische Schlagworte definiert.

Unter diesen Schlagworten wurden Antworten thematisch zusammengefasst und Wort-Cluster gebildet (siehe Abbildungen 1–4, S. 32–33). Je größer ein Begriff desto häufiger wurde ein Thema genannt.

Fazit

Bei der Betrachtung der Ergebnisse ist es wichtig, erneut die Begrenztheit der Studie auf das Land Bremen zu betonen. Für allgemeine Erkenntnisse wären umfangreichere Untersuchungen anzustreben.

Die Ergebnisse gewähren den Beratungsstellen in Bremen einen Einblick, wie ihre Arbeit wahrgenommen wird und was ihre Klient*innen teils vermissen. Sie zeigen, dass das Gefühl von Ohnmacht in vielen Lebenssituationen der Nutzerinnen eine Rolle spielt. Die Erziehungsberatung wurde in dieser Befragung häufig als hilfreich beschrieben, und die Nutzer*innenzufriedenheit scheint generell hoch zu sein. Ein häufig geäußelter Veränderungswunsch betrifft die schnellere Verfügbarkeit sowie eine intensivere Bewerbung der Angebote.

Auffällig ist außerdem die hohe Bedeutung, die dem Erleben von Gemeinsamkeit und gegenseitiger Unterstützung auch unter den Familien zugeschrieben wird – ein Aspekt, der als Argument für die Stärkung von gemeindeorientierten Angeboten im Sozialraum (»PeerSupport«) sowie zielgruppenspezifischen Gruppenangeboten in der Erziehungsberatung herangezogen werden könnte.

Die wiederkehrenden Themen und die teilweise konkret ausformulierten Veränderungswünsche zeigen die Eignung dieser lokalen Befragung zur Evaluation einzelner Standorte. Befragungen der Nutzer*innen können im Bereich der Erziehungsberatung einen Spiegel der aktuellen Situation bieten und darüber hinaus hilfreich sein, um eine Weiterentwicklung im Sinne der Ratsuchenden voranzutreiben.

Mika Spierling ist Student der Sozialen Arbeit an der Hochschule Bremen.

Kurse im Programm der Fort- und Weiterbildung der bke

Das Fort- und Weiterbildungsprogramm der bke ist stets im Wandel. Das heißt, neben bewährten Angeboten werden auch immer wieder Kurse überarbeitet bzw. neue Angebote hinzugefügt. Diese Änderungen passieren im engen Austausch mit der Kommission Fort- und Weiterbildung der bke, dem bke-Vorstand und nicht zuletzt mit den Referent*innen der bke. Ziel ist es, die Bedarfe der Fachkräfte der Institutionellen Erziehungsberatung zu erfüllen. Das aktuelle Programm für 2025 beinhaltet insgesamt sieben neue Einzelkurse, welche in der letzten Ausgabe der *informationen* ausführlich vorgestellt wurden. Die folgende Auflistung gibt einen Überblick über die neuen Einzelkurse in 2025:

März/April

Zwischen therapeutischer Fürsorge und empathischer Konfrontation

Werte- und identitätsorientierte Beratung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Mai/Juni

Videoberatung mit Eltern in und nach der Trennung

Supervisionsprozesse zielorientiert gestalten

Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen

Betroffene sensibel beraten und schützen

September/Oktober

Beratung getrennter Eltern

Spezifische Beratungsansätze – neue Perspektiven

Systemische Grundlagen für die Erziehungsberatung

November

Menschenrechtsorientierte Beratung bei demokratiefeindlichen Tendenzen in der Familie

Aufgrund der aktuellen gesellschaftspolitischen Lage in Deutschland möchten wir noch einmal auf letztgenannten Kurs eingehen, der vom 24. bis zum

scheinlichkeit, dass Personen aus dem nahen sozialen oder beruflichen Umfeld menschenfeindliches Verhalten zeigen bzw. sich entsprechend äußern, sollte somit auch gestiegen sein. Es ist daher wichtig, die eigene Haltung und Rolle als Berater*in zu reflektieren und sich in diesem Zusammenhang Kompetenzen hinsichtlich z. B. der Gesprächsführung angeeignet zu haben. Im Folgenden wird ein Überblick über die Inhalte des Kurses gegeben, der Wissen bezüglich menschenrechtstheoretischer Beratung vermittelt:

Eltern oder Angehörige, deren Kinder sich demokratie- und menschenfeindlich positionieren oder die sich in



26. November 2025 in Erfurt geplant ist. Demokratiegefährdende bis hin zu demokratiefeindlichen Einstellungen nehmen in den letzten Jahren in der deutschen Bevölkerung zu (siehe dazu u. a. die »Mitte-Studie 2022/23« der Friedrich-Ebert-Stiftung). Die Wahr-

eindeutig rechtsextremen Lebenswelten bzw. Gruppierungen orientieren, reagieren oft verunsichert. Diskussionen und Streit in den Familien über unterschiedliche politische Meinungen haben erheblichen Einfluss auf die Qualität der Beziehungen. Einerseits können

und wollen Eltern menschenfeindliche Äußerungen ihres Kindes nicht hinnehmen, andererseits soll und darf der Kontakt zum Kind nicht verloren gehen. Konkrete Themen werden sein:

- Überblick vor allem über rechts-extreme Ideologien, Symbole und Organisationen
- jugendkulturelle Freizeit- und Attraktionsangebote der extremen Rechten
- Funktion von Familie und Geschlechterrollen bei Herausbildung rechtsex-

- tremer Denk- und Verhaltensmuster
- Zusammenhang von extrem rechter Erziehung und Fragen zum Kindeswohl
- Kooperations- und Verweisstrukturen Praxisbeispiele unter Anwendung von Analysemethoden und Gesprächsführung
- Reflexion der eigenen Haltung und Rolle.

Einen Überblick über die Kurse, die in diesem Jahr noch besucht werden

können, liefert die Tabelle auf diesen Seiten. Weitere Informationen zu den Kursen finden sich im aktuellen Programmheft sowie auf der Website der bke im Bereich Fort- und Weiterbildung mit entsprechenden Anmelde-möglichkeiten. Verzeichnisse der Referierenden sowie der Tagungsstätten mit Preisen und Leistungen können auf der Website abgerufen werden. Bei Fragen und Hinweisen wenden Sie sich gerne an uns: (09 11) 9 77 14-11 oder fw@bke.de.

Kursübersicht 2025 (Stand März 2025)

| Kurs-Nr. | Kurstitel | Leitung | Termin | Ort |
|-------------|---|------------------------|------------------|--------------------------|
| | Einzelkurse | | | |
| E 25.1 neu | Zwischen therapeutischer Fürsorge und empathischer Konfrontation – Werte- und identitätsorientierte Beratung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen | Wolf | 31. 3.–2. 4. | Würzburg |
| E 25.2 | Coaching für Teamassistent*innen | Reuser | 31. 3.–2. 4. | Hösbach |
| E 25.3 | Geht da noch was? Diagnostik von Möglichkeiten und Grenzen in der Beratung mit (hoch) strittigen Eltern | Ritzenhoff | 2.–4. 4. | Erfurt |
| E 25.4 | Wenn sich der kleine Löwe und das Küken nicht einig sind – Teilleistung mit Kindern nach Trennung der Eltern | Alfes | 2.–4. 4. | Hösbach |
| E 25.5 | Coaching für Teamassistent*innen | Grael-von Strünck | 2.–4. 4. | Würzburg |
| E 25.6 | Zwischen Trauer und Trauma – Kriseninterventionsansätze für die Arbeit mit Kindern, Bezugspersonen und Fachkräften | Finkeldei | 28.–30. 4. | Regensburg |
| E 25.7 | Trennung meistern, Kinder stärken – Ein Gruppenangebot für Eltern in der Erziehungsberatung | Kulisch, Himmelreicher | 5.–8. 5. | Hösbach |
| E 25.8 | Trennungsberatung mit Eltern kleiner Kinder | Werner | 7.–9. 5. | Königswinter |
| E 25.9 | Ideen, Sehnsüchte und Nöte erkunden – Projektive Testverfahren in der Arbeit mit Kindern | Meyer-Enders | 12.–14. 5. | Königswinter |
| E 25.10 | Hypnosystemische Methoden in der Erziehungs- und Familienberatung | Grael-von Strünck | 19.–23. 5. | Hannover |
| E 25.11 neu | Videoberatung mit Eltern in und nach der Trennung | Perrone, Ritzer-Sachs | 28. 5. und 4. 6. | Zweiteiliger Online-Kurs |
| E 25.12 | Coaching für Teamassistent*innen | Grael-von Strünck | 23.–25. 6. | Bielefeld |
| E 25.13 | Beziehungsbegleitung und Beratung von Familien mit Säuglingen und Kleinkindern | Besier | 23.–27. 6. | Würzburg |
| E 25.14 neu | Supervisionsprozesse zielorientiert gestalten | Reuser | 23.–27. 6. | Leipzig |
| E 25.15 neu | Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen – Betroffene sensibel beraten und schützen | de Vries | 25.–27. 6. | Königswinter |
| E 25.16 | Von Irrfahrten und vom Heimkommen – Emotionsfokussierte Beratung | Keil de Ballón | 1.–5. 9. | Tambach-Dietharz |
| E 25.17 neu | Beratung getrennter Eltern – Spezifische Beratungsansätze – neue Perspektiven | Richter | 29. 9.–1. 10. | Hösbach |
| E 25.18 | Inklusive Familienberatung – Von Beziehungsgestaltung bis Kinderschutz | Walter | 6.–8. 10. | Hösbach |
| E 25.19 | Coaching für Teamassistent*innen | Reuser | 8.–10. 10. | Leipzig |
| E 25.20 | Maßanzüge von der Stange? Betreuungsmodelle nach Trennung und Scheidung in der Beratungspraxis | Behrend | 21.–24. 10. | Erkner bei Berlin |
| E 25.21 | Personenzentrierte Familienberatung | Hollick, Renger | 27.–31. 10. | Königswinter |

| Kurs-Nr. | Kurstitel | Leitung | Termin | Ort |
|---|--|--------------------------|---|------------------------------------|
| E 25.22 neu | Systemische Grundlagen für die Erziehungsberatung | Sckell | 27.–31. 10. | Würzburg |
| E 25.23 | Nicht auf den ersten Blick sichtbar – Schutz und Hilfe bei emotionaler Vernachlässigung und psychischer Misshandlung | Nowotny | 28.–30. 10. | Erkner bei Berlin |
| E 25.24 | Geht da noch was? Diagnostik von Möglichkeiten und Grenzen in der Beratung mit (hoch) strittigen Eltern | Ritzenhoff | 5.–7. 11. | Bad Bevensen |
| E 25.25 | Traumabezogene Spieltherapie (tSt) | Weinberg | 10.–12. 11. | Heilsbronn |
| E 25.26 | Effektiv beraten durch Zusammenarbeit – Kooperation von Beratungsstelle und Familiengericht | Richter, Wierse | 10.–12. 11. | Hösbach |
| E 25.27 neu | Menschenrechtsorientierte Beratung bei demokratiefeindlichen Tendenzen in der Familie | Lehmann | 24.–26. 11. | Erfurt |
| E 25.28 | KIT – Kinder in Trennungsprozessen – Ein praxisnaher, systemischer Ansatz für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien nach einer elterlichen Trennung | Weiß, Funke | 26.–28. 11. | Erfurt |
| E 25.29 | Queere Jugend – Modetrend, jugendlicher Protest oder ernstes Thema? | Bach | 8.–10. 12. | Fulda |
| Kurse aus Weiterbildungsfolgen | | | | |
| Erziehungs- und Familienberatung bke (EB) Modulare Praxisqualifizierung | | | | |
| EB 25.01 | Basiskurs 1 | Naudiet, Geske | 7.–11. 4. | Hösbach |
| EB 25.02 | Basiskurs 2 | Hartmann, Klinke-Schulze | 2.–5. 6. | Hösbach |
| EB 25.03 | Basiskurs 3 | Sckell, Schmidt | 13.–17. 10. | Hösbach |
| Bindung und Beteiligung (FS) Feeling-Seen in der Erziehungsberatung | | | | |
| FS 25.01 | Teil 1: Einführung in Feeling-Seen | Bachg | 17.–19. 11. | Osnabrück |
| Kompetenz Führung (LT) Fortbildung für Führungskräfte in Erziehungs- und Familienberatungsstellen | | | | |
| LT 25.1 | Modul Effektivität und Effizienz | Hoffmeister | 20. 3. | Online-Modul |
| LT 25.2 | Modul Mitarbeitendengespräche | Reuser | 6.–8. 11. | Leipzig |
| Systemisch-integrative Paarberatung (PB) | | | | |
| PB 25.01 | Teil 1: Grundlagen der Paarberatung, Gestaltung des Settings im Rahmen Erziehungsberatung | Trossen | 18.–21. 11. | Hösbach |
| Konzepte der Schematherapie in der Beratung mit Kindern, Jugendlichen und Eltern (ST) | | | | |
| ST 25 | Teile 1 bis 7 | Loose | 11. 3., 18. 3., 25. 3., 8. 4., 29. 4., 13. 5., 27. 5. | Siebenteilige Online-Weiterbildung |
| Weiterbildung zur Teamassistentin bke (TA) | | | | |
| TA 25.1/01 | Durchgang 1 2025 Teil 1: Grundlagen der Erziehungs- und Familienberatung; Aufgaben und Persönlichkeit | Grael-von Strünck | 30. 9.–2. 10. | Hannover |
| TA 25.1/02 | Durchgang 1 2025 Teil 2: Kommunikation und Interaktion | Grael-von Strünck | 9.–11. 12. | Hannover |
| TA 25.2/01 | Durchgang 2 2025 Teil 1: Grundlagen der Erziehungs- und Familienberatung; Aufgaben und Persönlichkeit | Reuser | 27.–29. 10. | Hösbach |
| TA 25.2/02 | Durchgang 2 2025 Teil 2: Kommunikation und Interaktion | Reuser | 8.–10. 12. | Hösbach |

Hinweis: Grauer Text: Kurse nicht mehr buchbar bzw. ausgebucht, jedoch Anfrage für Warteliste möglich. Ausführliche Informationen im Programmheft und unter www.bke.de

Neubesetzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Neuwahlen auch bei der bke: Im Rahmen seiner dreitägigen Klausurtagung im Februar 2025 hat der bke-Vorstand, dem die Delegierten der Landesarbeitsgemeinschaften (LAG) und die Fachrichtungsvetreter*innen angehören, seinen Geschäftsführenden Ausschuss (GA) für die Jahre 2025 und 2026 gewählt. Den GA bilden nun neben bke-Geschäftsführer Martin Hain, der dem Gremium satzungsgemäß angehört, der bke-Vorsitzende Mark Harfmann von der LAG Mecklenburg-Vorpommern sowie seine beiden Stellvertretungen Birgit Geske (LAG Nordrhein-Westfalen) und Andreas Kopp (LAG Bayern). Kooperiert (zugewählt) zum GA wurde Angsar

Melter von der LAG Niedersachsen. Der Geschäftsführende Ausschuss des Vorstandes der bke koordiniert die Arbeit

des Verbandes. Insbesondere sichert er die Kontinuität der Arbeit zwischen den Vorstandssitzungen.

Mitteilungen



Stark. Verletzlich.

**Stark.
Verletzlich.**



Jugendliche in Beratung



Stark. Verletzlich.

Jugendliche in Beratung
ISBN 978-3-9818623-1-7
Broschur
192 Seiten
Euro 19,50
Bestellung unter bke.de

Mit einer Fachtagung nahm die bke im Frühjahr 2018 nach längerer Zeit einmal wieder explizit die jugendliche Klientel der Institution Erziehungsberatung in den Blick. Die Veranstaltung rückte die Perspektive einer Jugend, die sich zugleich äußerst stark und immens verletzlich zeigen kann, in den Mittelpunkt der Fachdiskussion. Nach

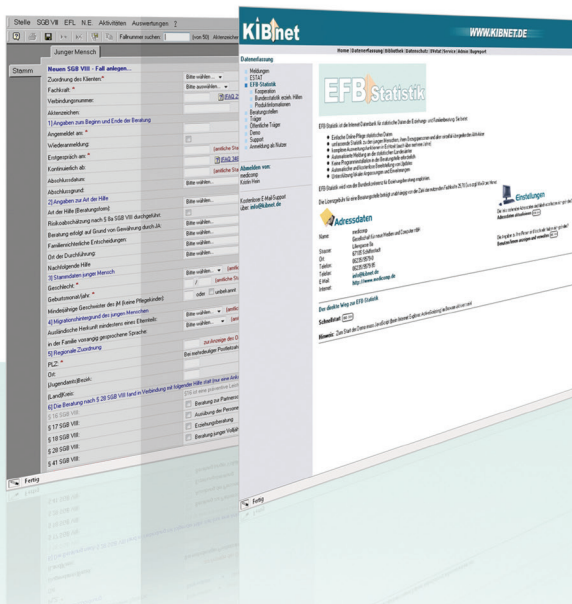
dieser erfolgreichen Veranstaltung legt die bke nun einen Materialienband vor, dessen Beiträge zum großen Teil auf diese Tagung zurückgehen. Deshalb trägt die Zusammenstellung der weitgehend praktisch ausgerichteten Aufsätze auch den gleichen Titel wie die Tagung: *Stark. Verletzlich. Jugendliche in Beratung.*

Aus dem Inhalt

- Jugend in dynamischen Gesellschaften
- Jugendliche im Trennungs- und Scheidungskonflikt ihrer Eltern
- Von Schubladen, Stühlen und Collagen

- Werte- und identitätsorientierte Beratung von jungen Erwachsenen
- Berater/innen als gutes Gegenüber
- »Die reden doch nur!«
- Entwicklungspsychologische Orientierungen in der Eltern-Jugendlichen-Mediation
- Hypnosystemische Jugendberatung
- Ich – einfach unverwechselbar!
- Jugend und Rausch
- Jugendliche und Sexting
- Bloßgestellt im Netz
- Suizidalität von Jugendlichen in der bke-Onlineberatung

EFB-Statistik - die Online-Lösung zur Erfassung der statistischen Daten der Erziehungs- und Familienberatung sowie Ehe- und Lebensberatung



Die EFB-Statistik bietet Ihnen:

- ☐ unkomplizierte Datenerfassung über das Internet
- ☐ vollständige Integration der bke-Erhebungsmerkmale
- ☐ Individuelle Anpassungen
- ☐ automatisierte Abgabe der amtlichen Statistik
- ☐ getrennte Datenerfassung für Haupt-/Neben-/Außenstellen
- ☐ umfangreiche Auswertungsmöglichkeiten
- ☐ Trägermodul für die verschiedenen Verbandsebenen
- ☐ kostenloser E-Mail-Support
- ☐ regelmäßige Schulungsangebote
- ☐ umfangreicher Support auf der Website von EFB-Statistik
- ☐ Erfüllung aller relevanten Datenschutzvorschriften
- ☐ keine Installation in der Beratungsstelle erforderlich
- ☐ automatische und kostenlose Bereitstellung von Updates - Sie sind immer auf dem aktuellen Stand
- ☐ EFB-Statistik stellt die Musterauswertung zur Verfügung

Weitere Informationen unter:

www.kibnet.de

medicomp GmbH

Telefon: +49 (0) 621 / 671782 - 91

Email: info@kibnet.de

bke-Onlineberatung Webinare für Eltern

**Teilnahme
anonym
und ohne
Anmeldung**



Die Webinare bieten Gelegenheit, sich über relevante Themen rund um die Herausforderungen der Elternschaft zu informieren und direkte Antworten von Expert*innen zu erhalten.

Themen und Termine:
bke-beratung.de/elternberatung/webinare



Geschlechter Identitäten Familienvielfalt



Wissenschaftliche Jahrestagung Hamburg 10.–12. Sept. 2025

In Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Erziehungsberatung Hamburg in Kooperation mit der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

In den letzten Jahren wird die Vielfalt an sexuellen Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Familienformen in den Erziehungs-, Familien- und Jugendberatungsstellen sichtbarer und ist häufiger ein wichtiges Thema. Neben heterosexuellen suchen auch lesbische und schwule Elternpaare sowie Eltern mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen, Geschlechtsidentitäten und Familienkonzepten Rat.

Ebenso brauchen Eltern Unterstützung, deren Kind einen eigenen Weg geht. Und auch Kinder und Jugendliche selbst wenden sich bei der Suche nach ihrer sexuellen Orientierung und ihrer Geschlechtsidentität an die Beratungsstellen.

Die Wissenschaftliche Jahrestagung der bke 2025 wird sich mit der Vielfalt der Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, mit se-

xuellen Orientierungen, den Grundlagen der kindlichen psychosexuellen Entwicklung und den entsprechenden Fragen und Problemen von Ratsuchenden, sowie den damit verbundenen Herausforderungen für Berater*innen beschäftigen. Einer der Schwerpunkte der Tagung wird bei queeren Kindern und Jugendlichen und queerem Familienleben liegen.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

